

Inhaltsverzeichnis

1		
2		
3		
4		
5		Seiten
6		
7		
8	Entwurf der Tagesordnung	3
9		
10	Entwurf des Zeitplanes	4
11		
12	Geschäftsordnung	5 bis 8
13		
14	Arbeitsgremien	9 bis 10
15		
16	Leitantrag „Solidarität und Demokratie – Für eine	11 bis 25
17	starke LINKE im nächsten Bundestag!“	
18		
19	Ergänzungsantrag zum Leitantrag „Energiewende umfassend	26
20	mit Leben erfüllen“	
21		
22	Ergänzungsantrag zum Leitantrag von Mitgliedern der	27
23	LAG Stadtumbau und Wohnungspolitik	
24		
25	Antrag „Konzept für die künftige Mitglieder- und	28 bis 46
26	Personalentwicklung“	
27		
28	Antrag zu Satzungsänderungen	47 bis 50
29		
30		
31		
32		
33		
34		
35		
36		
37		
38		
39		
40		
41		
42		
43		
44		

45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
Landesvorstand

Entwurf

Tagesordnung

der 3. Tagung des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 17. November 2012

1. Begrüßung
2. Konstituierung des Landesparteitages (Bestätigung der Tagesordnung, des Zeitplanes)
3. Rede der Landesvorsitzenden zur Vorbereitung des Landesverbandes auf die Bundestagswahl 2013
4. Aussprache zur Rede der Landesvorsitzenden und zum Leitantrag
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Beschlussfassung zum Leitantrag
7. Beschlussfassung zu den Satzungsänderungen
8. Rede der Landesgeschäftsführerin zur Einbringung des Konzeptes für Personal- und Mitgliederentwicklung
9. Aussprache zum Konzept für Personal- und Mitgliederentwicklung
10. Beschlussfassung zum Konzept
11. Weitere Anträge
12. Schlusswort der Landesvorsitzenden

137 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
138 Landesvorstand
139

140

141 Entwurf

142

143 **Zeitplan**

144

145 **der 3. Tagung des 3. Landesparteitages**

146 **der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 17. November 2012**

147

148

149

150

151 10:00 Uhr Eröffnung

152

153 10:10 Uhr Konstituierung des Landesparteitages
154 - Bestätigung der Tagesordnung, des Zeitplanes

155

156 10:20 Uhr Rede der Landesvorsitzenden zur Vorbereitung des Landesverbandes auf die
157 Bundestagswahl 2013

158

159 10:50 Uhr Aussprache zur Rede der Landesvorsitzenden und zum Leitantrag
160 (Generaldebatte)

161

162 12:30 Uhr Mittagspause

163

164 13:30 Uhr Fortsetzung der Generaldebatte

165

166 14:00 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission

167

168 14:10 Uhr Beschlussfassung zum Leitantrag

169

170 14:40 Uhr Beschlussfassung zu Satzungsänderungen

171

172 15:40 Uhr Pause

173

174 16:00 Uhr Rede der Landesgeschäftsführerin zur Einbringung des Konzeptes für Personal-
175 und Mitgliederentwicklung

176

177 16:15 Uhr Aussprache zum Konzept für Personal- und Mitgliederentwicklung

178

179 18:00 Uhr Beschlussfassung zum Konzept

180

181 18:40 Uhr Weitere Anträge

182

183 19:00 Uhr Schlusswort

Geschäftsordnung

des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

(Beschluss der 1. Tagung des 3. Landesparteitages am 5. März 2011)

I. Leitung/ Arbeitsgremien/ Aufgaben und Befugnisse

1. Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, in offener Abstimmung

- das Tagungspräsidium
- die Mandatsprüfungskommission
- die Wahlkommission
- die Antragskommission

Die Wahl des Tagungspräsidiums und der Kommissionen erfolgt quotiert und getrennt voneinander. Vorschläge können in jeweils einer gemeinsamen Liste eingebracht werden. Wählbar sind alle gewählten Delegierten des Landesparteitages.

Der Landesparteitag kann zur Unterstützung der Wahlkommission weitere WahlhelferInnen bestätigen, die nicht Delegierte sind.

2. Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Tagungspräsidium geleitet. Es bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.
3. Der Landesparteitag wählt in offener Abstimmung eine/n Versammlungsleiter/in und eine/n Schriftführer/in.
4. Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Landesparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.
5. Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag beschlossenen Tagesordnung.

II. Regeln in der Debatte

6. Stimm- und Rederecht haben die gewählten und angemeldeten Delegierten. TeilnehmerInnen mit beratender Stimme haben Rederecht. Gästen kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden, entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.
7. Die Tagungsleitung ruft die Tagungsordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann RednerInnen zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und kann das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen.
8. Wortmeldungen sind dem Tagungspräsidium schriftlich einzureichen. Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme zugunsten anderer RednerInnen ist nicht möglich.
9. Die Reihenfolge der RednerInnen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Die Redezeit für DiskussionsrednerInnen beträgt maximal 5 Minuten. Längere Redezeiten sind durch die AntragstellerInnen vor Beginn der Rede zu beantragen und durch den Landesparteitag zu bestätigen. Die Delegierten haben das Recht, Anfragen an die DiskussionsrednerInnen zu stellen. Das Tagungspräsidium kann die Anzahl der Anfragen an DiskussionsrednerInnen begrenzen.
10. Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagungsordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagungsordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht auf diese Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagungsordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden RednerInnen zu verlesen.
11. Persönliche Erklärungen der Delegierten können nach Beendigung des jeweiligen Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Diese sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit beträgt maximal 2 Minuten.

III. Antragstellung/ Antragsarten/ Beschlussfassung

12. Alle gewählten und angemeldeten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern die Bundessatzung bzw. Landessatzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend und angemeldet sind.
13. Fristgemäß eingereichte Anträge sind vom Parteitag zu behandeln oder an den Landesvorstand bzw. den Landesausschuss zu überweisen.
Die Antragskommission kann eine Empfehlung abgeben.
14. Zur Begründung selbständiger Anträge erhalten zunächst die AntragstellerInnen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 5 Minuten. Es erhält jeweils ein/e Redner/in dagegen und ein/e Redner/in dafür das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 2 Minuten.
15. Der Landesparteitag kann mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.
16. Die Abstimmung über Anträge erfolgt im Komplex mit dem Bericht der Antragskommission, falls der Landesparteitag nichts anderes beschließt.
Alle Anträge werden nummeriert.
17. Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf die vorliegenden Anträge beziehen und diese ändern sollen. Zur Begründung von Änderungsanträgen erhalten zunächst die AntragstellerInnen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 2 Minuten. Es erhält jeweils ein/e Redner/in dagegen und ein/e Redner/in dafür das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 1 Minute.
18. Dringlichkeits- und Initiativanträge sind selbständige Anträge, die nach Antragsschluss auf besondere politische Ereignisse oder grundsätzliche politische bzw. gesellschaftliche Veränderungen reagieren und der Landesparteitag durch entsprechende Beschlussfassung sich dazu verhalten muss. Dringlichkeits- und Initiativanträge können mit Unterstützung von mindestens 10 Prozent der gewählten Delegierten auch unmittelbar auf dem Landesparteitag eingebracht werden.
19. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich und außerhalb der Reihenfolge der eingereichten DiskussionsrednerInnen gestellt werden. Sie werden unmittelbar behandelt. Vor der Abstimmung darüber erhält ein/e Redner/in dagegen und ein/e Redner/in dafür das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt für Antragsteller/in sowie Gegen- und Fürredner/in 1 Minute. Bei laufender Abstimmung können Anträge zur Geschäftsordnung nicht gestellt werden.

- 318 20. Beschlüsse werden durch den Landesparteitag mit einfacher Stimmen-
319 mehrheit der anwesenden Delegierten gefasst, wenn kein anders lautender
320 Antrag zum Abstimmungsverfahren gestellt wird oder sofern die Satzung
321 nichts anderes bestimmt.
322 Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Bei Gleichheit der Ja- und
323 Nein-Stimmen gilt der Antrag als abgelehnt.
324 Die Abstimmung erfolgt durch das Erheben der Delegiertenkarte.
325 Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen ZählerInnen ein, die
326 auf Antrag tätig werden oder wenn kein eindeutiges Ergebnis von der
327 Tagungsleitung ermittelt werden kann.
328
329

330 IV. Weitere Regelungen

331

- 332 21. Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden
333 delegierten Frauen ein Frauenplenum des Landesparteitages in offener
334 Abstimmung einberufen werden. Beschlüsse des Frauenplenums haben Veto-
335 Charakter, sie können nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit aller Delegierten
336 zurückgewiesen werden.
337 Das Frauenplenum ist Bestandteil der Verhandlungen des Landesparteitages,
338 für die Tagungsmodalitäten macht das Tagungspräsidium Vorschläge.
339
340 22. Die Sitzungen des Landesparteitages sind öffentlich. Über die Durchführung
341 geschlossener Sitzungen beschließt der Landesparteitag auf Antrag mit einer
342 Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten.
343
344 23. Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort. Über den Ablauf
345 ist eine Niederschrift sowie ein Ton- oder Videomitschnitt zu fertigen und zu
346 archivieren.
347
348 24. Funktelefone sind im Konferenzsaal stumm zu schalten.
349
350 25. Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit
351 der anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäfts-
352 ordnung sind mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden
353 Delegierten möglich.
354
355
356
357
358
359
360
361

362 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

363

364

365

366

Arbeitsgremien

367

368 **des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt**

369 (Beschluss der 1. Tagung des 3. Landesparteitages am 5. März 2011)

370

371

372

Tagungspräsidium

374

375	Christa Beier	Salzlandkreis
376	Heidemarie Ehlert	Dessau-Roßlau
377	Rosemarie Hein	Magdeburg
378	Angelika Hunger	Saalekreis
379	Angelika Klein	Mansfeld-Südharz
380	Marion Krischok	Halle
381	Henriette Quade	Halle
382	Edeltraud Rogée	Jerichower Land
383	Jenny Schulz	Magdeburg
384	Ute Tichatschke	Harz
385	Gudrun Tiedge	Börde
386	Helga Zimmermann	LAG Bildung

387

388	Roland Claus	Burgenlandkreis
389	Matthias Höhn	Magdeburg
390	Andreas Höppner	Altmarkkreis Salzwedel
391	Swen Knöchel	Halle
392	Uwe Loos	Wittenberg
393	Thomas Waldheim	Magdeburg

394

395

Mandatsprüfungskommission

397

398	Helga Poost	Harz
399	Elke Reinke	Salzlandkreis
400	Heide Schüler	Börde
401	Dagmar Zoschke	LAG Behindertenpolitik

402

403	Torsten Hans	Magdeburg
404	Günter Rettig	Stendal

405

406 **Antragskommission**

407

408	Birke Bull	FAG Lisa
409	Sabine Dirlich	Salzlandkreis
410	Ute Haupt	Halle
411	Helga Paschke	Stendal
412		
413	Frank Hoffmann	Dessau-Roßlau
414	Ants Kiel	Halle
415	André Lüderitz	Harz
416	Hans-Jürgen Scholz	LAG SeniorInnen

417

418

419 **Wahlkommission**

420

421	Monika Andrich	Dessau-Roßlau
422	Cathleen Bastian-Hans	Magdeburg
423	Jennifer Elisa Bölke	Salzlandkreis
424	Sandra Heiß	Mansfeld-Südharz
425	Karin Paul	Mansfeld-Südharz
426	Eva Tichatschke	Jugendverband
427		
428	Christian Härtel	Harz
429	Günter Herder	Anhalt-Bitterfeld
430	Mario Kühne	Harz
431	Christian Kunz	Jerichower Land
432	Dario Wolf	Salzlandkreis

433

434

435

436

437

438

439

440

441

442

443

444

445

446

447

448

449

450

Leitantrag
an die 3. Tagung des 3. Landesparteitages
der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 17. November 2012

Solidarität und Demokratie – Für eine starke LINKE
im nächsten Bundestag!

1. Demokratie braucht Widerspruch!

Wo die Politik vor Wirtschaftsinteressen kapituliert, nehmen die Menschen ihre Geschicke selbst in die Hand. Streikende fordern ihren Anteil am Unternehmensgewinn und wehren sich gegen das zunehmende Lohndumping. Lehrerinnen und Lehrer demonstrieren für ausfinanzierte Schulen und für die Einstellungen neuer Kollegen. Die Menschen sind wieder auf der Straße – gegen ACTA und Bankenmacht, gegen Milliardenprojekte für die Bauindustrie, gegen alte und neue Nazis, gegen den Verkauf der Stadtwerke und die Verteuerung der Mieten.

DIE LINKE ist Teil dieses bürgerschaftlichen Aufbruches und zahlreicher Proteste. Sie ist Stimme in den Parlamenten und vertritt damit auch diejenigen, die sich gegen die Zumutungen der Regierenden nicht mehr wehren. Die Ohnmächtigen, die Abgehängten, die Deklassierten – oft haben sie das Vertrauen in die eigene Stärke verloren. Ohnmacht und Protest sind gleichermaßen Reaktionen auf eine zunehmende soziale Ungerechtigkeit, die Schleifung des Sozialstaates und eine Demokratieentleerung in Zeiten der Finanzkrise. DIE LINKE bleibt die Partei, die den Zusammenhalt der Gesellschaft verteidigen, Gerechtigkeit und Solidarität durchsetzen und ausbauen will.

Kapitalistische Krise und Wandel der Arbeitswelt, Digitalisierung und Technisierung aller Lebensbereiche, Liberalisierung und Globalisierung – Chancen und Bedrohungen, Potentiale und Abstürze existieren parallel zueinander. Die Bundestagswahl im nächsten Jahr wird über die bundesdeutsche Politik der nächsten Jahre und damit maßgeblich auch über die sozialen Bedingungen im gesamten europäischen Raum bestimmen.

Für uns stehen dazu folgende Forderungen im Vordergrund:

- eine **solidarische und demokratisch legitimierte Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik für Europa** in der Krise,

- aus der Sicht der strukturschwachen Ostländer die **Förderung sozial-ökologischer Strukturpolitik sowie das Umdenken in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik** zur Bekämpfung zunehmender sozialer Deklassierung ganzer Generationen,

- Ausfinanzierung und Qualifizierung **umfassender, inklusiver und allgemein zugänglicher Bildung** als Schlüsselressource,

- **demokratische Gestaltung digitaler Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten und Schutz vor Repression und Überwachung** auch im digitalen Zeitalter,

- **internationale Friedenssicherung und Abrüstung.**

DIE LINKE steht für realistische und zeitgemäße Lösungen großer und kleiner Probleme, die Menschen bewegen. Wir müssen sie aufnehmen, pragmatische und überzeugende Lösungen anbieten und diese mit möglichen Bündnispartnerinnen und -partnern, aber auch mit Wählerinnen und Wählern diskutieren. Wir treten für einen Richtungswechsel in der Politik in Deutschland 2013 ein.

Die Finanzkrise macht den Menschen nicht nur Angst, sie eröffnet auch Räume der Kritik und der Debatte. DIE LINKE lädt ein, um Neues zu denken und solidarisch zu leben - mit außerparlamentarischen Linken, Initiativen und Einzelengagierten, Kunschtchaffenden und Aktivisten. DIE LINKE verweigert sich nationalistischer Abschottung und Sündenbockrhetorik zu Lasten der Schwächsten. Kapitalismus bleibt das ursächliche Problem. Wir brauchen eine andere Form des Zusammenlebens, ohne Zerstörung der natürlichen Ressourcen, ohne die Zurichtung des Menschen in Hierarchien, in der Lohnarbeit und der Konkurrenz, ohne die Maxime des Profites, in der Gewinner zwangsläufig immer Verlierer produzieren.

2. Solidarität in Europa!

In Spanien, Griechenland oder Italien kämpfen die Menschen um ihr täglich Brot und ihre Zukunft. Sie stemmen sich verzweifelt gegen die Zumutungen der europäisch-deutschen Krisenpolitik. Wem wird geholfen, den Banken oder den Menschen? Finanzspritzen der Europäischen Union (EU) sind an die Bedingungen rigider nationaler Sparmaßnahmen geknüpft. Allein in Griechenland sackte das Bruttosozialprodukt um 20 Prozent ab, ein einmaliger Vorgang in der Nachkriegszeit. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich in Europa seit 2008 verdoppelt. Renten schrumpfen, Arbeitsplätze schwinden, Medikamente verteuern sich – Selbstmorde nehmen zu. Die Lebensmittelkonzerne verkleinern Verpackungen und passen ihre Produkte an, damit der Einkauf vermeintlich billiger wird. Die Armut ist nach Europa zurückgekehrt.

Auch in Deutschland fürchten die Menschen um ihren Lebensstandard und die Chancen für sich und ihrer Kinder. Dabei steht der Exportmeister Deutschland bisher noch besser da als seine Nachbarn. Aber wer kauft Autos, Werkzeug, Kühlschränke, wenn das Geld knapp ist - hier wie da in Europa? Deutschlands Niedriglohnpolitik hat uns zum Gewinner im europäischen Binnenhandel gemacht - unsere Waren sind zuerst die Konsumgüter und dann auch die Schulden in Europa geworden.

Die Finanzkrise wird uns lange in Atem halten. Die Krisenpolitik wird Teil des Bundestagswahlkampfes der Parteien, in dem nationale Interessen gegen europäische Interessen abgewogen werden. DIE LINKE hat sich dem Gerede vermeintlicher Alternativlosigkeit entzogen. Milliardengeschenke an die Banken, rigide Sparpolitik für Europa und Deutschland – wir sagen „So nicht!“. DIE LINKE sagt Nein zum Fiskalpakt, der die Länder Europas dazu zwingt, die sozialen Sicherungssysteme zu zerschlagen. Der europäische Fiskalpakt sichert die Interessen der Finanzmärkte anstatt Wirtschaft und Finanzen zu stabilisieren - wie es der eigentliche Titel „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ suggeriert.

DIE LINKE hat gegen diese Art der Finanzpolitik geklagt, weil sie mit unerbittlichem Schuldenabbau die Länder in eine Abwärtsspirale zwingt. Ein Auseinanderbrechen der EU kann keine Lösung sein. Wir sagen Nein zum Fiskalpakt und zur Schuldenbremse, die auch für Deutschland bindend ist. Sie bleibt realitätsfern, solange sich nichts an der Einnahmesituation des Staates verändert. Die Krisenlösung von Merkel ist keine Lösung für Millionen, sondern Beruhigungsspiel für die Finanzmärkte. Und die SPD macht mit. Wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sie dem Fiskalpakt zugestimmt und die kritischen Stimmen in den eigenen Reihen mundtot gemacht.

DIE LINKE will Politik für Menschen, nicht für Märkte. Die Finanzmärkte dürfen den Mitgliedsstaaten der EU nicht weiter ihre Regeln diktieren, deshalb braucht Europa **eine solidarisch abgestimmte und demokratisch legitimierte Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik.**

Nur gemeinsam wird die EU die Krise meistern und dazu gehört dringend die längst überfällige **Regulierung der Finanzmärkte, dazu gehört auch die Finanzmarkt-transaktionssteuer.**

Die Einnahmesituation der Länder muss sich ändern, die Profiteure der Krise müssen endlich an den Kosten beteiligt werden. Gemeinsam mit einem Bündnis aus Sozialverbänden, Gewerkschaften, Attac und NGOs fordern wir die Einführung einer **Vermögenssteuer und einer Vermögensabgabe – UmFAIRteilen jetzt!**

Nur mit einer abgestimmten Wirtschaft- und Arbeitsmarktpolitik kann den europäischen Ungleichgewichten begegnet werden. Dazu gehören in Deutschland auch die Stärkung der Kaufkraft und die Beteiligung an den Gewinnen für die, die sie erarbeitet und ermöglicht haben.

3. Von Arbeit muss man leben können!

Sachsen-Anhalt ist nicht nur das Land der Frühaufsteher. Sachsen-Anhalt ist auch das Land der Niedriglöhner. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind weiterhin konfrontiert mit Billiglöhnen, schlechten Arbeitsbedingungen, einer weiter zunehmenden Arbeitsverdichtung. Die Leiharbeit ufer aus und wird noch verstärkt durch die aktuelle Praxis von Werkverträgen. Trotz guter Qualifikation arbeitet fast ein Viertel aller Erwerbstätigen in unserem Bundesland für Niedriglohn. Bei den jungen Erwerbstätigen (bis 24 Jahre) ist es sogar die Hälfte. Das regierungsamtliche Gerede vom „Job-Boom“ in Sachsen-Anhalt wird auf ihrem Rücken ausgetragen. Hierzulande wird mit am wenigsten gezahlt – daraus folgt die niedrigste Kaufkraft je Einwohner im gesamten Bundesgebiet.

Zwar ist die offizielle Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt gesunken. Der Grund hierfür ist aber nicht eine Politik für Wachstum und Wohlstand, sondern die Tatsache, dass weniger Jugendliche in den regionalen Arbeitsmarkt eintreten. Die angeblich positive Entwicklung am Arbeitsmarkt resultiert in vielerlei Hinsicht gerade aus der Zunahme bei der Leiharbeit und von Werkverträgen. Die überwiegende Mehrzahl junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeitet mittlerweile befristet oder in Leiharbeit. Kaum ist in der Leiharbeit eine Lohnuntergrenze festgelegt worden, versuchen Unternehmen mit dem neuen Lohndumpingmittel Werkvertrag und betrieblichen Ausgliederungen das Lohngefüge nach unten zu drücken bzw. unten zu halten. Gerade junge Menschen sind hiervon betroffen. Ihnen wird somit bewusst die Chance genommen, ihr Leben zu planen. Nach nicht einmal drei Monaten ist für über die Hälfte der Leiharbeiter bereits wieder Schluss im Job. Danach heißt es wieder zurück in Hartz IV oder in ein anderes schlecht bezahltes Arbeitsverhältnis.

Unsicherheit und Perspektivlosigkeit vertreibt Menschen. Sie verlassen Sachsen-Anhalt, um woanders einen besseren Job zu finden, von dem sie leben und eine Familie gründen können. Entscheidend für die Abwanderung junger Menschen aus Sachsen-Anhalt sind wesentlich ihre Einkommensperspektiven. Der Durchschnittsverdienst aller Beschäftigten lag mit 2.001,- Euro brutto monatlich um 25 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Politik der Landesregierung heißt „Arbeit um jeden Preis“. Ihr Job-Boom ist ein Boom der ständigen Angst um Arbeit und Einkommen. Sie setzt nicht auf gute, sondern auf unsichere und schlecht bezahlte Arbeit. So drückt die Niedriglohn-Politik das allgemeine Lohnniveau nach unten. Dies ist unsozial, volkswirtschaftlich schlecht und vertreibt vor allem junge Menschen aus Sachsen-Anhalt.

DIE LINKE will diese Politik durchbrechen. Die Interessen der Menschen, die ihr Einkommen aus Arbeit und nicht aus Kapital beziehen, sind wieder auf die politische Agenda zu setzen. Die Politik der „Arbeit um jeden Preis“, die Normalität der Befristung und Prekarität der Arbeitsverhältnisse wollen wir beenden - in Sachsen-

Anhalt und bundesweit. Unser Gegenmodell ist ein **neues Normalarbeitsverhältnis, das Modell „guter Arbeit“**: Unbefristet, gut bezahlt, gleich verteilt zwischen den Geschlechtern, mit Mitbestimmung und Beteiligungsrechten am Produktionsprozess versehen, flexibel für Beschäftigte, nicht nur für die Unternehmen. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir setzen auf schrittweise Arbeitszeitverkürzung und die Neu- und Re-Etablierung kollektiver Standards in der Arbeitswelt.

DIE LINKE will mehr Mitbestimmung. Betriebsräte sorgen dafür, dass die Beschäftigten im Betrieb mitbestimmen und ihre Interessen durchsetzen können. Sie setzen sich für gerechte Einkommen und sichere Tarifverträge sowie die Möglichkeit, sich weiterzubilden, ein. Betriebsräte kämpfen für Standort- und Beschäftigungsgarantien sowie für innovative Konzepte der Zukunftssicherung. Gerade in der Krise zeigten aktive Betriebsräte, dass Mitbestimmung sich lohnt und sich diese Form der Mitbestimmung bewährt hat. Nur 38 Prozent der Beschäftigten in Ostdeutschland werden von einem Betriebsrat vertreten. **Gemeinsam mit den Gewerkschaften forcieren wir die Bildung von Betriebsräten und sorgen so für mehr Demokratie und Mitbestimmung in den Unternehmen.**

Gebrochene Arbeitsbiographien sind lange nicht mehr Phänomen des politisch-ökonomischen Umbruchs 1989, sondern Realitäten einer entindustrialisierten und wissensbasierten Produktionsweise, die immer weniger Menschen in Lohnarbeit braucht. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt fördert den **Ausbau eines Öffentlichen Beschäftigungssektors** unter sozial-ökologischen Kriterien. Ohne neue Arbeitszeitmodelle und Förderinstrumente ziehen verfestigte Arbeitslosigkeit Bildungs- und Altersarmut nach sich. Diese Logik gilt es zu durchbrechen. Nicht die private Zusatzrente der CDU rettet die Leute in naher Zukunft vor der Verelendung, sondern nur eine gerechte und politisch flankierte Verteilung von Bildungschancen, kulturellen Zugängen und gut bezahlter Erwerbsarbeit.

DIE LINKE fordert eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit. Wir wollen Kinder und ihre Eltern besonders unterstützen. Wir schlagen vor einen zusätzlichen **arbeitsfreien Tag je Kind und Jahr für die Sorgeberechtigten**; bei Alleinerziehung zwei arbeitsfreie Tage je Kind und Jahr zu schaffen.

Kombilohnmissbrauch wollen wir bekämpfen: Von Unternehmen, deren Arbeitnehmer aufgrund von sitten- und tarifwidrigen Löhnen aufstockend Leistungen beim Jobcenter beziehen müssen, wollen wir diese Leistungen konsequent zurückfordern (§ 33 SGB II). Wir sagen: **Billiglohnunternehmen zur Kasse!**

Gute Arbeitsverhältnisse wird DIE LINKE nicht allein im Kommunal-, Landes- und Bundesparlament durchsetzen. Um „gute Arbeit“ in einem neuen Normalarbeitsverhältnis durchzusetzen, brauchen Beschäftigte starke Gewerkschaften und gesetzliche Absicherungen. Aufgrund dieser besonderen **gesellschaftspolitischen Rolle sind die Gewerkschaften herausgehobener Bündnispartner** linker

Reformpolitik in der Arbeitswelt. Unsere Vorschläge verstehen sich dabei als eigenständige Angebote. Gewerkschaftliche Erfahrungen wollen wir aufgreifen und gemeinsam diskutieren. Für strukturschwache Regionen, sowohl in Ost und West, bedarf es einer Arbeitsförderung, die Perspektive für den Einzelnen und für die Gesellschaft schaffen. Ohne neue Modelle gesellschaftlich sinnvoller Arbeit, sozialversicherungspflichtig und ohne Zwang droht in ganzen Landstrichen der soziale Abstieg.

Von besonderer Dringlichkeit sind für uns die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Forderungen, die sich mit den Realitäten innerhalb der strukturschwachen Regionen in Ost und West auseinandersetzen:

Wir wollen einen **flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro** einführen. Landesvorstand und Landtagsfraktion haben hierbei die Aufgabe, gemeinsam mit allen Kreis- und Basisverbänden weiterhin dafür zu kämpfen und zu argumentieren.

Wir erkennen an, dass langjährig verfestigte Massenarbeitslosigkeit in strukturschwachen Regionen Sachsens Muster von Deklassierung, Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit hervorgebracht haben, die bereits an die nächste Generation weitergegeben werden. Damit finden wir uns nicht ab. Wir setzen auf kontinuierliche Bildungs- und Fortbildungsangebote für Menschen in sozialer Prekarität, zudem auf Formen staatlich unterstützter kollektiver Selbstermächtigung und Teilhabeaktivierung: Wir wollen in diesen **Regionen gemeinwohlorientierte öffentliche Beschäftigung und soziale Nahraumprojekte fördern. Wir lassen niemanden zurück.**

Wir wollen, dass für Niedriglohn **Mindestsozialabgaben** gezahlt werden.

Solange Leiharbeit nicht verboten ist, wollen wir sie im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz streng regulieren: Wir wollen den Equalpay-Grundsatz ohne Leiharbeitstarifvorbehalt durchsetzen: Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter müssen vom ersten Tag an genauso bezahlt werden und dieselben Arbeitsbedingungen erhalten wie ihre festangestellten Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen zudem regeln, dass für Leiharbeitnehmer unmittelbar die Mitbestimmungsrechte des Entleihbetriebs gelten.

Wir wollen **öffentliche Aufträge und Subventionen** nur noch an Unternehmen und Zuschüsse nur noch an freie Träger vergeben, die gute Arbeit, geschlechtliche und weltanschauliche Diskriminierungsfreiheit, betriebliche Mitbestimmung sowie tarifliche und ökologische Standards garantieren. Das gilt insbesondere auch für religiöse Tendenzbetriebe.

Unternehmensansiedlungen mit guten Arbeitsverhältnissen, Tarifbindung und Mitbestimmung wollen wir im Baurecht und im Gewerbesteuerrecht fördern, solche

mit prekärer Beschäftigung benachteiligen. Die Unternehmensbeiträge zu den Industrie- und Handelskammern wollen wir nach deren Tarifbindung und Betriebsratserrichtung staffeln. Regionen mit hohem Anteil sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigung wollen wir gegenüber Regionen mit prekärer Beschäftigung bei der kommunalen Mittelzuweisung verbessernd berücksichtigen.

4. Von Arbeit muss man leben können, ohne Arbeit auch!

Die letzten zehn Jahre deutscher Sozialpolitik waren von einer Welle beispiellosen Abbaus sozialer Standards geprägt: Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, eine Hartz IV-Gesetzgebung, die Millionen von Menschen monatlich entwürdigenden Prozeduren unterzieht, um ihre Existenz zu sichern, faktische Rentenkürzung durch Anhebung des Renteneintrittsalters, Praxisgebühr und erhebliche Zuzahlungen bei Arztbesuchen und für Medikamentenerwerb.

Hartz IV hat die bestehende solidarische Arbeitslosenversicherung zerstört. Durch Beitragszahlung erworbene Ansprüche, die im Falle von Arbeitslosigkeit Lebensstandard und Berufsschutz sichern, wurden geschliffen. Rot-Grün hat mit Hartz IV ein gigantisches Armutsverwaltungssystem geschaffen, in dem Menschen darauf angewiesen sind, sich bei Bezug von Leistungen, die kaum die Existenz sichern, einem entwürdigenden und bürokratischen Verfahren zu unterwerfen. In Bedarfsgemeinschaften zusammengefasst werden sie und ihre Familien monatlich penibel auf Einkommen, Wohlverhalten und Bereitschaft zur Annahme jedes noch so schlecht bezahlten Jobs geprüft.

Rot-Grün und folgend Schwarz-Rot hat zudem die solidarische Rentenversicherung ruiniert. Die herrschende Politik verfolgt das Dogma niedriger Rentenbeiträge. Dieses nutzt den Unternehmen, da sie hierdurch ihren paritätischen Beitragsanteil verringern. Gleichzeitig bewirken geringere Beitragszahlungen, dass die Renten bis in Kernarbeitnehmerschichten hinein nicht mehr existenzsichernd sind.

Die Entlastung der Unternehmen aus ihrer Verpflichtung, existenzsichernde Löhne zu zahlen und sich anteilig an den Kosten der Sozialversicherungssysteme zu beteiligen, bürdet Bund, Land und Kommunen immense Folgekosten aus Steuermitteln auf: gegenwärtig durch notwendige Hartz IV-Leistungen, da Ansprüche aus Arbeitslosengeld I nicht mehr bestehen oder gar zur Erwerbstätigkeit mit Hartz IV „aufgestockt“ werden müssen, zukünftig durch notwendige Altersgrundsicherung, da der Rentenanspruch nicht zum Leben reicht.

Für DIE LINKE bleibt die Basis gesellschaftlicher Entwicklung Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Das heißt zuerst: Wir wollen **die sozialen Sicherungssysteme reparieren**. Zugleich fordern wir da, wo diese den Lebensrealitäten und Bedürfnissen nicht mehr entsprechen, eine soziale Sicherung für jedermann, die nicht

unterschriften werden kann. **Mindestlohn, Mindestrente und eine bedarfsdeckende, sanktionsfreie Mindestsicherung** sind für uns notwendige Haltelinien in einer sozial bereits tief gespaltenen Gesellschaft. Nicht zuletzt wollen wir die Unternehmen, die sich durch die Politik der letzten Jahre ihrem Anteil an der Finanzierung sozialer Risiken entziehen konnten, vorsorgend und ausgleichend wieder heranziehen.

Wir wollen den **Renteneintritt wieder auf 65 Jahre senken** und für stark belastete Berufsgruppen bzw. Kranke sogar noch eher (ohne Abschlüsse) ermöglichen. Wir wollen den **Berufsschutz bei Berufsunfähigkeitsrente** wieder herstellen.

23 Jahre nach staatlicher Einheit Deutschlands sind ungleiche Renten in Ost und West unter keinem Gesichtspunkt mehr zu rechtfertigen. Wir wollen die **sofortige Angleichung der Ost- und West-Rentenanwartschaften** herstellen.

5. Bildung als Schlüsselressource!

Bildung, Anerkennung, ein auskömmliches Einkommen schafft mündige Bürgerinnen und mündige Bürger. Bildung kann Menschen befähigen, gesellschaftliche Zustände zu kritisieren und durch demokratische Mitbestimmung an ihrer Veränderung teilzuhaben. Der barrierefreie Zugang zu Wissen und Information, die Fähigkeit, mit Widersprüchlichkeit und Problemen konstruktiv umgehen zu können, ein gewaltfreier Umgang mit Krisen und Konflikten – alles das sind Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben. Gute Bildung für alle Menschen, gleich welchen Alters, welchen Geschlechts, welcher sozialer, kultureller, religiöser oder ethnischer Herkunft ist und bleibt deshalb eine Kernforderung der LINKEN und ist Orientierung für unser politisches Handeln und Gradmesser politischen Erfolges.

Frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten gehört zu den entscheidenden Startbedingungen für gelingendes Lernen ein ganzes Leben lang. Gerade für Kinder, die in ihren Familien nicht ausreichend über die notwendigen Gelingensbedingungen verfügen, kann das Bildungsangebot der Kita den Weg ebnen, um Spaß und somit Erfolg beim Lernen zu erleben. Hier können Kinder einen respektvollen Umgang mit Unterschiedlichkeit lernen. Hier lernen sie miteinander und voneinander.

Diese Chance muss allen Kindern offen stehen. Es bedarf guter pädagogischer Rahmenbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher, damit sie den hohen Erwartungen und Herausforderungen, die an ihre Arbeit gestellt werden, gerecht werden können. Dazu gehören Zeit für pädagogische Überlegung und Planung, dazu gehört eine Personalausstattung, die Zuwendung und Aufmerksamkeit für alle Kinder möglich macht, dazu gehört vor allem die Verbesserung der Einkommenssituation. Investitionen in die frühkindliche Bildung sind Investitionen in die Zukunft einer Gesellschaft, in deren demokratische Verfasstheit und in deren sozialen Zusammenhalt.

Die schulische Bildungslandschaft verändert sich. Auch konservative Parteien diskutieren skeptisch über die Zukunft von Hauptschulen und Förderschulen. Es bahnt sich der Weg hin zu einem zweigliedrigen Schulsystem, mit Schulen für einen mittleren Schulabschluss und für den Weg zum Abitur. Für DIE LINKE bleibt das verbindliche Ziel von emanzipatorischen und zukunftsfähigen Schulreformen die Gemeinschaftsschule für alle Kinder. Unser Ziel ist und bleibt eine inklusive Schule. Wir halten erfolgreiches gemeinsames Lernen aller Kinder bei entsprechenden Rahmenbedingungen nicht nur für möglich, sondern im Sinne demokratischen, sozialen und respektvollen Miteinanders auch für nötig. Gleichheit in der Verschiedenheit sind zwei Seiten einer Medaille und gleichzeitig die Grundlage für eine wirklich demokratische und emanzipatorische Gesellschaft. Wenn Jugendliche und Erwachsene sich in ihrer Individualität und Besonderheit wertschätzen sollen, müssen sie das als Kind erleben können.

Diesen notwendigen Entwicklungen steht die fortschreitende Unterfinanzierung des Bildungssystems gegenüber. Die Länder haben sich weitgehend dem enormen Spardruck der Schuldenbremse unterworfen. Es fehlt an nötigem Personal und gut ausgebildetem Nachwuchs.

Die Finanzierung guter Bildung wird durch die Finanznot in den Kommunen weiter erschwert.

Die Hochschulreform ist ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht geworden. Die Studienbedingungen haben zu höherem sozialen und ökonomischen Druck geführt, nicht aber zu einer besseren europaweiten Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse. Der Masterstudiengang muss allen Studierenden offen stehen, sonst verkommt akademische Bildung zum Optimierungsprogramm für die Wirtschaft. Nicht die Exzellenzinitiative als Wettbewerb um knappe Fördermittel, sondern die individuelle Förderung des Einzelnen, - ob Studierende/r mit Kind, mit Einschränkungen oder Behinderungen, sozialen Benachteiligungen – muss Maßstab einer soliden Hochschulpolitik und -finanzierung sein.

Für uns steht in der Bildungspolitik im Vordergrund:

Das **Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung muss aufgehoben** und stattdessen eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz verankert werden.

Der Bund darf sich nicht auf die Förderung von Leuchttürmen und Prestigeprojekten zurückziehen, sondern muss für die Finanzierung eines **flächendeckend guten Bildungssystems** mit in die Pflicht genommen werden.

Die problemlose **Fortsetzung von Bildungswegen in anderen Bundesländern, die Anerkennung von Bildungsleistungen und Abschlüssen aus dem In- und Aus-**

land sowie die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen, die dem Landesrecht unterliegen, müssen bundesweit gewährleistet werden.

Der Wettbewerbsföderalismus muss durch einen **kooperativen Föderalismus** abgelöst werden, der sich an der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse und Bildungschancen in allen Bundesländern orientiert.

6. Digitale Gesellschaft - Digitale Demokratie?

Technische Innovationen sind eine Triebfeder gesellschaftlicher Entwicklung. Der rasante Fortschritt der Computer- und Kommunikationstechnologie der letzten Jahrzehnte korrespondiert mit der Beschreibung der Gesellschaft als Wissensgesellschaft: Neue und schnelle Formen der Kommunikation mit Bekannten und Unbekannten, das Internet als eine Hauptquelle der Informationsbeschaffung, neue Dimensionen von Erreichbarkeit und Interaktion im Privaten wie im Öffentlichen. Die Wissensgesellschaft ist digital.

Das Internet und die digitale Kommunikation bieten enorme demokratische Potentiale für den freien Zugang zu Informationen und die Schaffung von (Gegen)Öffentlichkeit, für die Schaffung von Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten, für Meinungsbildung, Meinungsaustausch und direkte demokratische Partizipation. Um diese Potentiale zu nutzen, müssen alle gleichberechtigt Zugang zum freien Internet haben. Die **Neutralität der Netze**, also ihre Blindheit gegenüber den in ihnen transportierten Inhalten, muss ebenso gesetzlich festgeschrieben werden, wie Netzsperrern und staatliche Zensurmöglichkeiten ausgeschlossen werden müssen.

Breitbandversorgung sowie der individuelle Zugang zum Internet muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden, **internetfähige Hardware Teil des soziokulturellen Existenzminimums** und für Empfänger von Transferleistungen, beispielsweise für Hartz IV-Beziehende, erstattungsfähig. Der Kampf gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft ist auch ein Kampf gegen die digitale Spaltung. Zugang beschränkt sich aber nicht auf Netzanschluss und Computer: Zugang heißt auch, dass Dokumente abruf-, les- und verwertbar sein müssen. DIE LINKE setzt sich für die **Weiterentwicklung und Umsetzung des Open Data-Gedankens** in Politik und Verwaltung ein: öffentliche Dokumente, Statistiken und Berichte sollten auch öffentlich abrufbar, in standardisierten Formaten maschinenlesbar und weiterverarbeitbar sein.

Die Digitalisierung der Gesellschaft stellt auch neue Herausforderungen an den Schutz personenbezogener Daten des Einzelnen: Freies Surfen im Internet ist ohne das Recht auf anonymes Surfen nicht möglich. Das **Bundesdatenschutzgesetz muss novelliert und ausgebaut** werden, um diesen Herausforderungen gerecht werden zu können. Der Grundsatz der Zweckbindung muss als zentrales Element bei der

Datenerhebung gestärkt werden, um den Einzelnen wirksam vor nicht gewünschten Weitergaben seiner Daten an Dritte zu schützen. Unternehmen, die dem zuwider handeln, müssen, beispielsweise durch eine gesetzliche Löschungspflicht, wirksam sanktioniert werden. Soziale Netzwerke spielen bei der Herstellung von Öffentlichkeit eine große Rolle. Gewollt und Ungewollt. **Die höchstmögliche Stufe der Privatheit** als Voreinstellung bei sozialen Netzwerken sollten ebenso Standard werden wie höchste Datenschutz- und -sicherheitsanforderungen.

Die Chancen der digitalen Gesellschaft können nur genutzt werden, wenn jede und jeder auch ihre Risiken einschätzen kann. Damit Menschen in der Lage sind, frei und selbstbestimmt über ihre persönlichen Daten zu entscheiden, müssen sie wissen, welche Spuren sie im Netz und in der digitalen Welt hinterlassen. Vor allem für Kinder und Jugendliche sind hier praxisorientierte Bildungsangebote notwendig. Dabei gilt: **Digitale Kompetenz braucht das Recht auf informationelle Selbstbestimmung!**

Die Vorratsdatenspeicherung als vermeintliches Mittel zur Terrorabwehr bedroht die Anonymität im Netz. Sie fügt sich damit in eine Reihe von Überwachungsmaßnahmen, die **Bürgerrechte** einem suggeriertem Mehr an Sicherheit opfern. Ob Telekommunikationsgesetz, Onlinedurchsuchung oder zuletzt Funkzellenabfrage und Meldegesetz: Alle bisherigen Regierungen trieben einen Raubbau an demokratischen Grund und Freiheitsrechten, dem die LINKE gemeinsam mit vielen anderen entgegen tritt und treten wird.

7. Verfassungsschutz abschaffen - Demokratie verteidigen!

Dass Demokratie sich nicht mit undemokratischen Mitteln verteidigen lässt, zeigt der Blick auf den Verfassungsschutz: Als „Frühwarnsystem“ für Politik und Gesellschaft oft beschworen, ist die Institution Verfassungsschutz ein Relikt des Kalten Krieges und ein ideologisches Konstrukt. Seine Existenz und die ihm übertragenen Aufgaben gehen von einer Zweiteilung der Gesellschaft in Demokraten und Extremisten aus. Das geht an der Realität meilenweit vorbei: Vorstellungen der Ungleichwertigkeit von Menschen, ob Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Chauvinismus oder Homophobie sind in der sogenannten Mitte der Gesellschaft tief verwurzelt.

Die Angreifer auf Asylbewerberunterkünfte zu Beginn der 1990er Jahre - Rostock, Mölln, Solingen, Hoyerswerda, Quedlinburg - konnten sich der Unterstützung durch die ganz normale Bevölkerung sicher sein. Sie fühlten sich als legitimer Vollstrecker des Mehrheitswillens. Demokratiefeindliche Einstellungen finden sich in allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen. Alltagsrassismus, Beleidigungen und Diskriminierungen sind an der Tagesordnung. Zudem erlebten wir mit den Ereignissen in Insel eine offene Artikulation antidemokratischer Positionen und rechter Weltdeutungen durch die Zivilgesellschaft.

All das erfasst der Verfassungsschutz in seiner politischen Logik nicht. Selbst im eigentlichen Kern seines Aufgabenbereiches hat er versagt. Die beispiellose Mordserie des NSU verhinderte er nicht, leistete keinen Beitrag zur Aufklärung der Verbrechen. Wie weit mögliche Verstrickungen von V-Männern und der Behörde insgesamt reichen, ist heute noch nicht abzusehen.

Statt Warnungen vor neonazistischen Terrorstrukturen ernst zu nehmen, baute er über Jahre hinweg Pappkameraden vermeintlicher linker Extremisten auf. Eine effektive demokratische Kontrolle ist mit seiner Konzeption und Funktionsweise nicht vereinbar. Als Reaktion auf das Versagen der Sicherheitsbehörden sollen nun nicht etwa die bundesdeutsche Sicherheitsarchitektur im Allgemeinen und das Bundesamt für Verfassungsschutz im Besonderen kritisch hinterfragt und evaluiert werden. Allen bisherigen Verlautbarungen zufolge sind die Fortschreibung der Zentralisierung und die Übertragung weiterer Aufgaben und Kompetenzen geplant. Und selbst das System der V-Leute - untrennbar mit dem Prinzip „Quellenschutz statt Strafverfolgung“ verbunden - und wie die Untersuchung der NSU-Mordserie bereits jetzt zeigt, systembedingte Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat, gilt als unverzichtbar. Dabei sind die Grenzen der demokratischen Kontrollmechanismen spätestens jetzt sichtbar geworden.

DIE LINKE will den **Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form deshalb abschaffen**. An seine Stelle sollen in Bund und Ländern nicht nachrichtendienstlich arbeitende **Informations- und Dokumentationsstellen für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie treten**. Diese sollen auf der Basis wissenschaftlicher Arbeit die Dokumentation neonazistischer, rassistischer, antisemitischer und anderer gegen die Grundsätze der Verfassung gerichteten Aktivitäten und Einstellungen, sowie ihrer strukturellen und öffentlichen Erscheinungsformen vornehmen.

Die Verteidigung der Demokratie und der **wirksame Kampf gegen Nazis** bedeuten eben nicht Arbeit an den vermeintlichen Rändern der Gesellschaft. Es heißt sich mit den **Opfern rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung zu solidarisieren**, es verlangt **Protest, wenn Nazis ihre menschenverachtenden Positionen** artikulieren wollen, es verlangt die **Stärkung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechts** und die stetige und langfristige Förderung und konzeptionelle Weiterentwicklung der **Beratungsstrukturen und Netzwerke gegen Rechts**. Es bedarf vor allem der Erfahrbarkeit von Demokratie. Nur wer politische Entscheidungen nachvollziehen kann, wer teilhaben und mitbestimmen kann, kann Demokratie als positiven Wert und konstitutives Element unserer Gesellschaft begreifen und verteidigen. Für **DIE LINKE ist die umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche** daher wesentliche politische Aufgabe, um die in den letzten Jahren vielfach konstatierte Krise der Demokratie zu überwinden.

8. Bürger- und Menschenrechte für alle

Die Verteidigung der Demokratie verlangt auch zu widersprechen, wenn ressentimentgeladene politische Vorstöße die weitere Verschärfung der deutschen und europäischen Asylgesetzgebung fordern um „die deutschen Sozialsysteme bis zur letzten Patrone gegen Zuwanderung zu verteidigen“ (Horst Seehofer). Denn die demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft zeigt sich vor allem am Umgang mit den Schwächsten. Qua Gesetz sind dies in Deutschland vielfach Migrantinnen und Migranten, Asylsuchende und Flüchtlinge.

Sie sind einer Vielzahl von Sondergesetzen unterworfen, die allein auf ihrem Status als sogenannte Ausländer basierend ungleichwertige Lebensbedingungen zementieren. Ob Residenzpflicht, die zwar in Sachsen-Anhalt ausgesetzt in der Bundesgesetzgebung dennoch weiter vorgesehen ist, jahrelanges Leben in Sammelunterkünften, Arbeitsverbote oder die Angewiesenheit auf Gutscheinzuteilungen: Die Asyl- und Zuwanderungspolitik bleibt darauf gerichtet, nicht wirtschaftlich nützlich erscheinende Zuwanderung zu begrenzen. Die Lebensbedingungen sollen keine Zuwanderungsanreize liefern, wie es in konservativer Rhetorik kaum vermäntelnd heißt. Abschreckung statt Schutz bleibt die Grundausrichtung deutscher und europäischer Asylpolitik und wird es mit der geplanten Aufnahmerichtlinie der Konferenz der EU-Innenminister mehr denn je: Sie will die Inhaftierung Asylsuchender europaweit massiv ausbauen und gesetzlich verankern. Menschen, die Schutz und ein Leben in Würde und Freiheit suchen, könnten damit jederzeit und überall in Haft genommen werden. Ihr einziges Verbrechen ist die Flucht. Wenn Grundrechte durch politische Entscheidungsträger infrage gestellt werden, ist die Demokratie in Gefahr.

DIE LINKE streitet für eine **Neuausrichtung der Zuwanderungspolitik, die sich statt an Kriterien wirtschaftlicher Verwertbarkeit an der universellen Gültigkeit der Menschenrechte** orientiert: Aufnahme statt Abschreckung, Menschenwürdige Unterbringung, demokratische Teilhabe und Bürgerrechte für alle im Land sind ihre Leitmotive.

9. Frieden sichern

Die Europäische Union ist für DIE LINKE auch deswegen unverzichtbar, weil sie in Europa Frieden sichert. Diese Rolle ist nicht hoch genug einzuschätzen. Dennoch wird alle 60 Sekunden irgendwo auf der Welt ein Mensch durch Waffengewalt getötet. Deutschland ist als drittgrößter Waffenexporteur für viele dieser Toten mitverantwortlich.

DIE LINKE ist die Partei des Friedens. Eine **deutsche Beteiligung an Kriegen lehnen wir genauso strikt ab, wie wir für ein Verbot von Rüstungsexporten und Waffenhandel** eintreten. Um zivile Konfliktlösung zu ermöglichen, müssen die

Vereinten Nationen (UN) gestärkt werden, Militärbündnisse, insbesondere die NATO in Systeme kollektiver Sicherheit umgewandelt und Abrüstung endlich radikal betrieben werden.

Deutschland ist hier in der historischen Verantwortung, eine Vorreiterrolle einzunehmen und **die Kampfeinsätze der Bundeswehr sowie die Unterstützung brutaler Unterdrückungsregime mit Waffenlieferungen und militärischem Know-how zu beenden**. Die Öffentlichkeit muss durch die Offenlegung der Wege des Waffenhandels in die Lage versetzt werden, das Agieren der Bundesrepublik realistisch beurteilen zu können.

Die Bundeswehr wirbt gezielt an Schulen um Nachwuchs. Mit dem Angebot kostenfreier Feriencamps, bezahlter Studien- oder Ausbildungsplätze versucht sie besonders die sozialen Lagen von Jugendlichen und deren Familien auszunutzen. DIE LINKE fordert einen Abzug der Jugendoffiziere von Schulen und Hochschulen und ein **Ende aller Werbemaßnahmen der Bundeswehr**, die auf Minderjährige gerichtet sind.

Abrüstung bedeutet aber nicht nur Veränderungen auf internationaler Ebene. Abrüstung erfordert auch lokale Konzepte der Konversion: Für Beschäftigte der Rüstungsindustrie und Zulieferbetriebe müssen Alternativen geschaffen werden. Für Gelände mit militärischer Nutzung wie den Truppenübungsplätzen im **Droyßig-Zeitzer Forst** und in der **Colbitz-Letzlinger Heide** müssen endlich zivile Nutzungskonzepte, beispielsweise im Bereich des Tourismus entwickelt werden. Wir brauchen Konversionsprojekte und nicht den militärischen Ausbau wie bei der „Kampfstadt Schnögersburg“.

Die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts stellt die Schaffung von Frieden weltweit dar. Unverzichtbar dafür ist die **Unterstützung und Stärkung demokratischer Bewegungen**, wie sie in den nordafrikanischen Ländern, vor allem in Tunesien, und in den Ländern des Nahen Ostens entstanden sind. Eine Besondere Schwierigkeit für Demokraten ist es, eine Strategie gegenüber diktatorischen Regimen wie dem Assad-Regime in Syrien zu finden, die die zivile Bevölkerung in Bürgerkriegen bekämpfen. Dieser Herausforderung stellt sich auch DIE LINKE.

Vor der Bundestagswahl 2013

DIE LINKE will 2013 wieder mit einer starken Fraktion in den Bundestag einziehen. Dazu wird der Landesverband Sachsen-Anhalt seinen Beitrag leisten. Wir haben bei der Bundestagswahl 2009 ein überragendes Wahlergebnis mit dem ersten Platz im Land vor der CDU und mit fünf gewonnenen Direktwahlkreisen erreicht. Die SPD wurde mit einem historischen Tief für ihre Agendapolitik abgestraft. Die Ausgangsposition ist heute eine andere. Zudem gibt es mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der

Piratenpartei auch im Land Konkurrenz um Wählerpotential. DIE LINKE muss sich noch stärker als in den letzten Jahren mit konstruktiven, realistischen und verständlichen Politikangeboten einbringen. **Wir werden um jede Wählerin und jeden Wähler kämpfen, sowohl um die Zweitstimme für unser Politikangebot als auch um die Erststimme in den Direktwahlkreisen für unsere Kandidatinnen und Kandidaten.**

Veränderungen im Interesse von Mehrheiten gibt es nur mit uns. Deshalb bleiben wir dabei: DIE LINKE macht Druck!

1111 Angelika Hunger, André Lüderitz, Hans-Jörg Krause,
1112 Uwe-Volkmar Köck, Bernd Krause

1113
1114

1115 **Ergänzungsantrag zum Leitantrag**

1116

1117 Die Ergänzung soll nach Punkt 4 (Zeile 773) als neuer gesonderter Punkt eingeordnet
1118 werden.

1119

1120 **Energiewende umfassend mit Leben erfüllen**

1121

1122 Ohne Versorgung mit Energie ist unser Leben nicht denkbar. Für DIE LINKE ist sie Teil
1123 der Daseinsvorsorge. Die Nutzung unserer bisherigen Energiequellen wie Kohle, Öl und
1124 Gas haben maßgeblich zum Klimawandel mit allen seinen bedrohlichen Folgen geführt.
1125 Die weltweite Verknappung dieser Energieträger führt zu ständig steigenden Beschaf-
1126 fungskosten und immer bedenklicheren Gewinnungsmethoden. Ihre ungleiche Vertei-
1127 lung über die Erde verstärkt die Gefahr von Ressourcenkriegen. Reste der Atomener-
1128 gienutzung können nicht wirklich dauerhaft sicher verwahrt werden.

1129 Es ist also höchste Zeit, den Umstieg auf erneuerbare Energien umfassend umzuset-
1130 zen, auch wenn uns fossile Energie noch begleiten wird. Ihre Bedeutung muss mittel-
1131 fristig abnehmen, denn nur so gibt es eine Chance, die notwendige Verringerung des
1132 Treibhausgasausstoßes um 55 Prozent bis 2030 zu erreichen.

1133

1134 Erneuerbare Energien bieten uns in verschiedener Hinsicht neue Möglichkeiten. Ihr
1135 Angebot ist weltweit vorhanden und nahezu unbegrenzt. Damit wird eine regional
1136 orientierte Energieversorgung wirksam, die die Macht der großen Energiekonzerne bei
1137 Erzeugungsstrukturen und Kosten brechen kann. So entsteht kein „grüner Kapitalis-
1138 mus“ in alten Strukturen, sondern ein wichtiger Baustein des sozial-ökologischen
1139 Umbaus wird Realität. So können Arbeitsplätze mit wirklich „Guter Arbeit“ entstehen.

1140

1141 Dazu brauchen wir:

1142 – Energiesparen durch effiziente Nutzung, aber auch durch Veränderungen des
1143 Lebensstiles

1144 – weiteren Zubau an Kapazitäten für Strom- und Wärmeerzeugung aus Wind, Sonne,
1145 Wasser, Erdwärme und Reststoffbiomasse

1146 – Dabei sollen besonders Bürgerkraftwerke oder Energiegenossenschaften eine
1147 Beteiligung jeder Bürgerin und jedes Bürgers ermöglichen.

1148 – Stadtwerke, unter deren Regie diese regionale Versorgung realisiert werden kann

1149 – Sozialtarife, die auch Geringverdiener nicht der Energiearmut aussetzen

1150 – Netze, die in öffentlicher Hand sind

1151 – gezielten, zügigen Netzausbau, der sich an der entstehenden regionalen
1152 Erzeugungsstruktur orientiert

1153 – Förderung für Energiespeicherforschung und Pilotprojekte

1154 – Förderung für energetische Gebäudesanierung

1155 Mitglieder der LAG Stadtumbau und
1156 Wohnungspolitik:
1157 Evelyn Edler
1158 Bernd Krause
1159 Karsten Köpp
1160 Guido Henke

02. Oktober 2012

1161
1162
1163
1164

Ergänzungsantrag zum Leitantrag

1165
1166
1167

1168 Der Leitantrag soll vor dem Punkt 5 – Bildung als Schlüsselressource – wie folgt
1169 ergänzt werden:

1170
1171

1172 Gutes, sicheres und bezahlbares Wohnen ist als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge
1173 für alle zu gewährleisten. Wir setzen uns für die Stärkung kommunaler und
1174 genossenschaftlicher Wohnungsunternehmen ein und lehnen den Verkauf von deren
1175 Wohnungsbeständen oder Krediten an renditegetriebene Investoren ab.

1176

1177 Die Höhe der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft muss die tatsächliche
1178 Kostenentwicklung widerspiegeln und darf nicht wie bisher nach der Anzahl der
1179 Bedarfsgemeinschaften berechnet werden. Diese Praxis führt zu einer nicht zu
1180 rechtfertigenden Mehrbelastung der Kommunen.

1181

1182 Energetische Modernisierungen sollen sich kostenneutral auf die Bruttowarmmiete
1183 auswirken. Wir treten daher für die Erweiterung der Bundesförderprogramme zur
1184 Energieeffizienzverbesserung zugunsten der Wohnungsunternehmen ein.

1185 Das Mietrecht ist im Sinne des Verbraucherschutzes weiterzuentwickeln.

1186 Mieterhöhungen ohne Wohnwertverbesserungen nach Modernisierungen lehnen wir
1187 ab, das gilt auch bei Neuvermietungen.

1188

1189

1190

1191

1192

1193

1194

1195

1196

1197

1198

1201
1202
1203
1204

Antrag

**an die 3. Tagung des 3. Landesparteitages
der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 17. November 2012**

1208
1209

- Entwurf -

Konzept für die künftige Mitglieder- und Personalentwicklung

1212
1213
1214

1215 *„Wir müssen Menschen gewinnen und begeistern – für eine alternative Politik, für*
1216 *Solidarität, Kritik und Widerspruch. Das ist unsere eigentliche Aufgabe. Wir müssen*
1217 *neben unserer administrativen und organisatorischen Arbeit vor allem Kraft und Ideen*
1218 *für politische Ziele und deren Übersetzung aufbringen.“*

1219
1220

1221 1. Rahmenbedingungen und Herausforderungen

1222

1223 2. Mitgliederwerbung und Bindung

1224 2.1. Neue Mitglieder gewinnen – die Partei kulturell öffnen

1225 2.2. Spezifische Rolle des Jugendverbandes und die Einbindung junger Mitglieder

1226

1227 3. Geschlechtergerechtigkeit

1228

1229 4. Mitgliederleben für alle

1230 4.1. Arbeitsfähige Strukturen erhalten

1231 4.2. Kommunikation mit allen

1232

1233 5. Politisierung und Wissenstransfer

1234

1235 6. Personalentwicklung

1236

1237 7. Aktuelle Herausforderung - Vorbereitung der Kommunalwahlen

1238

1239 8. Ausblick

1240

1241

1242

1. Rahmenbedingungen und Herausforderungen

DIE LINKE braucht Menschen. Wir brauchen mehr Vielfalt, mehr Anderes, mehr Neues, mehr Stimmen aus der Gesellschaft und in sie hinein. Denn wir strahlen aus, was unsere Bezüge im Alltag sind, was uns sorgt und unser Glück ausmacht - ob im Studium, in der Ausbildung und der Arbeit, mit unseren Kindern und Familien, im Ruhestand, in der Erwerbslosigkeit und der Suche nach Sinnstiftung und Verwirklichung. Wir brauchen DIE LINKE als sozialen Ort, in der sich Menschen gestärkt fühlen und in dem wir solidarisch und verbindlich miteinander umgehen.

DIE LINKE im Osten steht vor einem umfassenden Generationenaustausch. Die Partei verändert sich. Dieser Wandel vollzieht sich auch in der Wählerschaft. Die guten Wahlergebnisse im Osten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich Jung- und Erstwählerinnen und -wähler erst an dritter Stelle in der Parteienkonkurrenz für DIE LINKE entscheiden. Eine neue Generation hat keinen direkten Bezug mehr zur DDR. Die ostdeutschen Milieus, die die PDS gestärkt und die Dämonisierung einer sozialistischen Partei in Deutschland verhindert haben, sind im Schwinden begriffen.

Parallel dazu sind immer mehr Menschen durch die – sich massiv mit der Agenda 2010 (2003) und Hartz IV (2004) verschärfende – soziale Spaltung und die Dauerkrise vom Politikbetrieb desillusioniert. Nicht mehr zur Wahl gehen nicht nur Deklassierte und Abgehängte, sondern auch selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger, die lieber in einer Initiative oder im Volksentscheid für ihre Interessen kämpfen, als die Problemlösung an die sie verursachenden Parteien delegieren zu wollen. Nicht immer bedeutet dies einen liberalen Aufbruch.

Der Partei DIE LINKE droht die Zuschreibung „Alternative“ im Politikbetrieb zu sein, an die PIRATEN zu verlieren. DIE PIRATEN sind für viele die Projektionsfläche für Parteiverdrossenheit und Ausdruck eines neuen Lebensgefühls. Für DIE LINKE ist dabei wichtig: Die Menschen wollen als Aktive angesprochen werden und nicht als Opfer der Verhältnisse. Und die soziale Zusammensetzung der Bürgerproteste zeigt: Die Prekären, die sozial Benachteiligten der Gesellschaft sind dort unterrepräsentiert. Die Gesellschaft spaltet sich immer weiter in arm und reich, in Etablierte und Perspektivlose, in Sprachmächtige und Resignierte.

DIE LINKE muss die Mutigen und die kritischen Geister ebenso wie die Ohnmächtigen erreichen. Das ist unser spezifischer Anspruch innerhalb der repräsentativen Demokratie. Danach müssen wir ebenso unsere innerparteiliche Praxis ausrichten. Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten müssen reale Möglichkeiten haben, die Partei zu gestalten.

In der Partei müssen auch Mitglieder, die in prekären Verhältnissen leben und arbeiten, Möglichkeiten finden, sich selbstwirksam zu erleben und geachtet zu fühlen. Der Wissenstransfer – organisatorisch, ideologiekritisch, praktisch – muss innerhalb des Landesverbandes einen neuen Stellenwert erhalten. Um neue Mitglieder und neue

Wählerinnen und Wähler zu gewinnen sowie die bereits erreichten zu halten, ist unser konzeptionelles und emotionales Bemühen gleichermaßen gefordert. Wir zielen ab auf kulturelle und kommunikative Veränderungen, auf eine Öffnung und Repolitisierung der Partei, auf eine stärkere Zusammenarbeit der Ebenen. DIE LINKE soll weiter und wieder sozialer Ort für ihre Mitglieder sein. Wir wollen die Aktiven stärken und die Inaktiven ermuntern.

2. Mitgliederwerbung und Bindung

2.1. Neue Mitglieder gewinnen – die Partei kulturell öffnen

In Zeiten großer Präsenz und medialer Aufmerksamkeit, besonders während der Wahlkämpfe, erfolgen die meisten Neueintritte. Trotz großer Verantwortung unserer „Mediengesichter“ – im vielstimmigen Chor unserer Partei spielen wir alle eine Rolle – ob für thematische, strategische oder personelle Entscheidungen.

DIE LINKE muss sich um Vertrauen immer wieder neu bewerben. Kompetenzen müssen immer wieder neu bewiesen, neue Politikfelder besetzt, andere Milieus erschlossen werden. Die Veränderungen der digitalen Welt und der Wissensgesellschaft müssen in unsere Praxis als Partei eingehen. Soziale Bewegungen dürfen nicht beschworen, sondern müssen vor allem verstanden und besonders im Osten befördert werden.

Dazu gehört auch, sich über Barrieren bewusst zu werden. Die Texte der Partei sind nicht für alle verständlich und nicht alle, die wir eigentlich erreichen wollen, verstehen wir in ihren Lebensumständen. Flüchtlinge leiden unter einer Vielzahl von Sonder- und Spezialgesetzen. Es fehlt ihnen, die noch weniger haben als den Hartz IV-Regelsatz, schlicht am Geld um zu uns zu kommen sowie an Informationen über uns. Frauen sind – ob wir das kritisieren oder nicht – in der Regel stärker in die Familienarbeit eingebunden als Männer. Wir erleben in den Sprechstunden und Sozialberatungen, während der Erwerbslosenfrühstücke und den Montagsdemos, wie weit Emanzipation, Politik und Leben auseinander liegen können. Im Landtag streiten wir für die Umsetzung der EU-Konvention für Menschen mit Behinderungen – für Rollstühle in unseren Geschäftsstellen müssten wir erst umräumen.

Wir bestimmen den Verlauf unserer Sitzungen und den Umgang mit Menschen in unseren Veranstaltungen. Wir sind es, die zwischen der Unterschiedlichkeit der Genossinnen, Genossen und der Interessierten vermitteln müssen: Zwischen lautem Vielredner und leisem Unsicheren, zwischen denjenigen, die am Abend zu ihren Familien wollen und denjenigen, für die der Termin ein wichtiger Sozialkontakt ist. Zwischen denen, die die Partei seit ewig kennen und denen die nicht wissen, was ein Quorum ist. Wir bestimmen über das Aussehen unserer Geschäftsstellen, über die Sprache unserer Anträge und über die Gestaltung unserer Materialien.

Die gute Erreichbarkeit unserer Veranstaltungen mit dem öffentlichen Nahverkehr ist nicht immer selbstverständlich, Anfahrtspläne für unsere Veranstaltungen halten wir in der Regel ganz und gar für unnötig – „wir waren doch schon immer hier, wer sollte kommen, der das nicht wüsste“. Vegetarisches Essen löst schon mal Tumulte aus, einzig dem Jugendverband werden solche „Mätzchen“ zugestanden. Unsere Veranstaltungen sind dann geschlossene Angelegenheiten, „closed shops“, die wenig anziehend wirken.

Eine LINKE, die die Gesellschaft verändern möchte, muss selbst offen sein für Veränderung. Eine LINKE, die Bündnisse schließen will, muss sich interessieren und selbst interessant sein. Eine LINKE, die die sozial-ökologische Wende will, muss bei sich selbst anfangen.

Vorschläge und Maßnahmen:

Die alten Tipps bleiben aktuell. Eintrittserklärungen gehören an jeden Infostand, in jedes Onlineangebot der Partei, zu jeder Ausstattung einer Veranstaltung. Mit jedem öffentlichen Auftreten repräsentieren wir auch DIE LINKE. Ob bei Facebook, beim Bürgerverein, beim Parteitag – wir alle betreiben Öffentlichkeitsarbeit – ob wir wollen oder nicht.

Interessierte und Eintrittswillige haben immer Vorrang vor dem Tagesgeschäft. Eintritt und Kreiskontakt müssen – besonders beim Online-Eintritt – in enger zeitlicher Abfolge geschehen. Die erste Übersicht über Informations- und Kontaktangebote vor Ort und im Land sowie zur Mitarbeit in den Landesarbeitsgemeinschaften wird weiterhin durch die Landesgeschäftsstelle unterbreitet. Die Integration der neu Eingetretenen muss dann innerhalb der Kreis- und Stadtverbände forciert werden.

Wir verlieren Menschen durch Austritte. Jeder Kreis- und Stadtverband sollte hier unmittelbar das Gespräch suchen. Wir versuchen diejenigen zu halten, die sich aus guten Gründen bereits einmal für DIE LINKE entschieden haben. Wir interessieren uns für die Gründe, warum wir diese Menschen enttäuscht haben.

Einladungen sollen einladen – also ansprechend sein und Menschen erreichen. Wir achten auf unsere Außenwirkung und auf die Ausstrahlung. Wo treffen wir uns, wie leicht ist der Veranstaltungsort für jemanden zu erreichen, der das erste Mal zu uns kommen möchte?

Wir prüfen bei der organisatorischen Vorbereitung von Veranstaltungen in den Kreisen und im Land die Möglichkeit neue Veranstaltungsformate umzusetzen. Besonders junge Menschen und Frauen wollen wir so neugierig auf unsere Partei machen.

DIE LINKE sollte Nachhaltigkeit im Organisationsbewusstsein verankern. Viel gewonnen ist schon, einzelne Kritik und Anregungen engagierter Mitglieder anzunehmen. Vor allem

jüngere Mitglieder wollen DIE LINKE als einen Ort erleben, in dem nachhaltige und ökologische Produkte verwendet werden. Wir streben die Verwendung von Recyclingpapier für Geschäftspost, KLEINE ZEITUNGEN und andere Druckerzeugnisse an.

Wir prüfen Möglichkeiten zur Erarbeitung und Nutzung mehrsprachiger Imagebroschüren oder Flyer unserer Partei in Zusammenarbeit mit der Bundesebene.

Wir ermöglichen allen Zugang und Teilhabe innerhalb der Partei, auch jenseits des Delegiertenprinzips. Die Kreis- und Stadtverbände erstatten im Rahmen ihrer Finanzpläne nach vorherigem Beschluss Fahrtkosten für Veranstaltungen und Beratungen.

2.2. Spezifische Rolle des Jugendverbandes und die Einbindung junger Mitglieder

Das Gros der Neueintritte sind junge Menschen. Davon organisieren sich die Wenigsten gern in einer Basisorganisation (BO), in der niemand ihren Alltag teilt. Nicht alle Mitglieder unter 35 wollen oder können sich – mangels Gruppe vor Ort – im Jugendverband engagieren. Aber – für alle braucht es ein Angebot. Bieten wir jungen Menschen eine Plattform und verstehen wir ihre Interessen? Der Jugendverband ist nur eine der möglichen Anlaufstellen, politisch Interessierte melden sich in der Fraktion, in den Räten oder bei für sie fachpolitisch spannenden Abgeordneten. Welche Aufgaben werden in den Praktika gestellt, wer erfährt etwas von den Eindrücken und dem Feedback der Ehemaligen? Fließen Anregungen in die politische Strategie der Partei und der Fraktionen ein? Welches Verständnis von Antifa- und Umweltgruppen, Protestinitiativen wie Blockupy und ACTA teilen wir mit ihnen?

Vorschläge und Maßnahmen:

Jugendkoordinator/in bzw. der Jugendverband sind bei entsprechenden Eintritten sehr schnell zu informieren, damit auch dieses spezielle Angebot mit dem Eintrittserlebnis verbunden wird.

Die Kreisvorstände thematisieren mindestens jährlich Jugendverband und Jugendförderung. Gibt es keine Jugendgruppe in der Region, sind verbindlich Veranstaltungen von jungen und für junge Menschen anzubieten und diese gezielt einzuladen. Dafür sind auch die Abgeordneten zu gewinnen.

Der Jugendverband oder einzelne Mitglieder werden thematisch und allgemein zu Sitzungen der Vorstände im Kreis und im Land eingeladen. Der Landtags- und den Kreistagsfraktionen wird dieses Vorgehen ebenso empfohlen.

1422 *Wo es sich thematisch anbietet, prüfen die Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs) eine*
1423 *Verzahnung zu den Landesarbeitskreisen des Jugendverbandes (LAKs) und machen*
1424 *gegenseitig Vorschläge zur Zusammenarbeit.*

1427 **3. Geschlechtergerechtigkeit**

1429 Ohne gezielte Maßnahmen von Parteien scheint es bisher nicht möglich, Geschlechter-
1430 parität in den Parteien voranzubringen. Die Repräsentanz von Frauen in Ämtern und
1431 Mandaten ist von solchen Maßnahmen ganz deutlich abhängig. Parteien, die strikte
1432 Gleichstellungsregelungen haben, gelingt es deutlich besser, Frauen über Ämter und
1433 Mandate Einfluss zu sichern als jenen Parteien, die eher unverbindliche Frauenförder-
1434 richtlinien haben¹. Schon deshalb bleibt für DIE LINKE die Regelung zur Quote
1435 weiterhin ein wichtiges Instrument auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit. Im
1436 Landesverband und in den Kreisen unternehmen wir im Bewusstsein der damit
1437 verbundenen Schwierigkeit alle Anstrengungen, die Quotierungsvorgaben einzuhalten.

1439 In Deutschland sind nur etwa 30 Prozent der in Parteien engagierten Mitglieder
1440 Frauen, damit liegt der Anteil der Frauen bei unserer Mitgliedschaft in Sachsen-Anhalt
1441 mit etwa 44 Prozent noch weit über dem Durchschnitt. Diese Zahl kann jedoch nicht
1442 darüber hinwegtäuschen, dass wir auch in Sachsen-Anhalt bei der Frage der Beteili-
1443 gung von Frauen in der politischen Arbeit mehreren Herausforderungen gegenüber-
1444 stehen. Die Hälfte unserer Kreisverbände arbeitet mit Kreis- bzw. Stadtvorständen, die
1445 die Quotierungsvorgaben nicht erfüllen. Viele unserer aktiven Frauen sind Vielfach-
1446 funktionärinnen. Neue Mitglieder, die zu uns kommen, sind überwiegend Männer, im
1447 Jahr 2011 lag der Frauenanteil gerade bei 22 Prozent. Immer weniger Frauen finden
1448 sich bereit, aktive Parteiarbeit zu machen. Die Gründe mögen vielfältig sein – sie
1449 basieren jedoch häufig darauf, dass sie als Frauen schlechtere Bedingungen für ihr
1450 politisches Engagement vorfinden.

1452 Mit dem Konzept für Geschlechtergerechtigkeit hat die Bundespartei ihren Willen
1453 deutlich gemacht, auf allen Ebenen der Partei die Beteiligung der Frauen zu stärken
1454 und entsprechende Bedingungen dafür konsequent zu schaffen. Für uns bedeutet
1455 dies, Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe zu begreifen und entspre-
1456 chende Maßnahmen bei unserer parteipolitischen Arbeit immer mit zu denken.

1458 Ziel ist es, kulturell, personell und politisch eine attraktive Ausstrahlung des Landes-
1459 verbandes für Frauen aller Milieus zu erreichen, daher scheint es unumgänglich die
1460 Frage der Geschlechtergerechtigkeit wieder mehr mit einer lebendigen Debatte in
1461 unserem Landesverband zu verknüpfen.

¹ 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, München 2005

1465 ***Vorschläge und Maßnahmen:***

1466

1467 *Der Landesverband organisiert zu allen Parteitag und Regionalkonferenzen die*
1468 *Möglichkeit einer Kinderbetreuung.*

1469

1470 *Wir prüfen die Möglichkeit zur Erstattung von Kinderbetreuungskosten für Gremienarbeit*
1471 *und Engagement in den vertikalen Arbeitsstrukturen. Sollte diese gegeben sein, werden*
1472 *wir mit Beginn 2013 entsprechende Regelungen treffen.*

1473

1474 *Gremiensitzungen sollen so organisiert werden, dass sie zeitlich überschaubar*
1475 *durchgeführt werden können. Die Debattenkultur orientiert darauf, dass alle*
1476 *Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf eine quотиerte und effektive Diskussion achten.*

1477

1478 *Der Landesvorstand thematisiert mindestens einmal jährlich die Frage der Geschlechter-*
1479 *gerechtigkeit, die Quotierungsproblematik und Möglichkeiten zur Stärkung der Frauen-*
1480 *strukturen. Gegebenenfalls werden mögliche Maßnahmen vorgeschlagen.*

1481

1482 *Der Landesvorstand beruft aus seiner Reihe die Beauftragte oder den Beauftragten für*
1483 *Geschlechtergerechtigkeit.*

1484

1485 *Die/der Beauftragte für Geschlechtergerechtigkeit sucht das Gespräch mit allen*
1486 *Gliederungen des Landesverbandes zur Frage der Geschlechtergerechtigkeit und berät*
1487 *sie bei der Umsetzung von Maßnahmen oder Veranstaltungen. Sie/er ist Ansprech-*
1488 *partner/in für LISA und weitere Frauenarbeitsstrukturen. Sie/er achtet darauf, dass in*
1489 *den Gremien der Landes- und Kreisebene das Thema Geschlechtergerechtigkeit*
1490 *regelmäßig behandelt wird (mindestens jährlich) und informiert über die aktuelle*
1491 *Situation, insbesondere den Anteil der Frauen in der Mitgliedschaft, bei Neumitgliedern,*
1492 *Problemen bei der Besetzung von Ämtern oder der Einhaltung der Quotierung. Der*
1493 *Landesvorstand stellt sicher, dass bei Berufung zur/zum Beauftragten für Geschlechter-*
1494 *gerechtigkeit eine entsprechende Möglichkeit zur Qualifizierung wahrgenommen werden*
1495 *kann.*

1496

1497 *Der Landesparteitag nimmt alle zwei Jahre den Bericht der/des Beauftragten für*
1498 *Geschlechtergerechtigkeit entgegen und berät zu vorgeschlagenen Maßnahmen.*

1499

1500 *Wir diskutieren in einem Frauenratschlag im ersten Quartal 2013, ob es eine Struktur*
1501 *ähnlich dem auf Bundesebene gegründeten Bundesrat LINKER Frauen auch auf der*
1502 *Landesebene geben kann und soll. Dazu suchen wir den engen Austausch mit dem*
1503 *Landesverband Sachsen, wo ein solches Gremium bereits auf Landesebene gegründet*
1504 *wurde.*

1505 *Sollte ein solches Gremium die Arbeit aufnehmen, hat der Landesrat LINKER Frauen das*
1506 *Vorschlagsrecht zur Besetzung der/des Beauftragten für Geschlechtergerechtigkeit.*

1507

1508 *Wir wollen im Zuge der gezielten Personalentwicklung zusätzlich den Fokus richten auf*
1509 *eine Förderung von Frauen. Die Personalverantwortlichen achten darauf bei den*

Vorschlägen zur Besetzung von öffentlichen und Parteiämtern sowie Mandaten immer mindestens eine Frau in die engere Wahl zu nehmen. Bei den Gesprächen mit Kandidatinnen und Kandidaten, Neumitgliedern oder Frauen, die wir aktivieren wollen, sollen Fragen der Zukunftsplanung und der Vereinbarkeit des politischen Engagements mit dem Familienleben und beruflichen Werdegang aufgeworfen werden.

Wir suchen nach neuen Möglichkeiten zum Beispiel auch mit Hilfe der neuen Medien zur Vernetzung der weiblichen Mitglieder. Für junge weibliche Mitglieder und erfahrene Genossinnen, für Frauen, die Parteiämter bekleiden und Mandate ausfüllen, sollen neue Räume zur Debatte, gegenseitigen Unterstützung und Anerkennung geschaffen werden.

Die Landesgeschäftsstelle organisiert jährlich ein Angebot zum Girls Day (Mädchen-Zukunftstag). Die Kreise prüfen in Zusammenarbeit mit den Kreistagsfraktionen ebenfalls die Möglichkeit zur Umsetzung, um ein landesweites Angebot zu schaffen und publik zu machen.

4. Mitgliederleben für alle

4.1. Arbeitsfähige Strukturen erhalten

Die Mitgliederzahl der Partei DIE LINKE schrumpft in den Ostverbänden in Größenordnungen. Die Kreis- und Stadtverbände sowie der Landesverband reagieren darauf seit langem, indem sie ihre Arbeitsstrukturen anpassen. Wir organisieren uns verstärkt in größeren Einheiten – unter der Maßgabe, den Informations- und Kommunikationsfluss weiter zu erhalten. Wir müssen diesen Prozess im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 und der Kommunalwahlen 2014 kritisch begleiten.

Getragen wird die Partei durch Aktive jeden Alters. In der Partei existieren allerdings mehrere Lebenswirklichkeiten, auch unverbunden nebeneinander. Der Altersdurchschnitt unserer Genossinnen und Genossen liegt in Sachsen-Anhalt bei 66 Jahren. Dem stehen 6 Prozent Mitglieder unter 35 Jahren gegenüber. In den Kreis- und Stadtvorständen werden immer mehr Neue und Jüngere in Funktion kommen, viele Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den Fraktionen in den Kommunen und im Landtag werden bei der nächsten Wahl nicht wieder antreten.

Das hat Konsequenzen für Parteileben und Kommunikationswege, für individuelle Zeitressourcen. Es macht einen kreativen Umgang mit neuen und alten Mitgliedern in den Kreisverbänden erforderlich. Angebote sollten auch bei geringer werdenden Mitgliederzahlen erhalten sowie außerhalb der wohnortsgebundenen BO-Struktur geschaffen werden.

Vorschläge und Maßnahmen

Die Kreis- und Stadtverbände prüfen ihre Gliederungsstrukturen und passen diese unter Berücksichtigung der Gegebenheiten vor Ort kommunalen Strukturen an. Gemäß dem Parteiengesetz § 7 und der Bundessatzung § 13 Absatz 8 orientieren wir dabei auf Bildung von Ortsverbänden. Wo dies noch nicht geschehen ist, fassen die Kreisvorstände oder Kreisparteitage entsprechende Beschlüsse zu ihrer Gliederungsstruktur.

Innerhalb der Parteiorganisation wechseln wir verstärkt vom Delegiertenprinzip zum Mitgliederprinzip. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Gesamtmitglieder- statt Delegiertenversammlungen durchzuführen. Diese sollten öfter mit einer thematischen Veranstaltung verbunden werden.

Der Landesvorstand und die Landesgeschäftsstelle erarbeiten weitere Möglichkeiten, um den Service und die Unterstützung des Ehrenamtes auszubauen. Der Bereich Mitgliederleben der Landesgeschäftsstelle erarbeitet konkrete Vorschläge, um die Wertschätzung der Arbeit des Ehrenamtes regelmäßig deutlich zu machen. Ziel ist es, dass eine Kultur des Danksagens in den Kreis- und Stadtverbänden und im Landesverband noch stärker Berücksichtigung findet.

Die Kreis- und Stadtverbände bauen auf bzw. stabilisieren die notwendigen vertikalen Strukturen und benennen, da wo noch nicht geschehen oder vakant, die entsprechenden Verantwortlichen. Das betrifft vor allem die Bereiche:

- Mitgliederarbeit und Personalentwicklung*
- Politische Bildung*
- Finanzarbeit*
- Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation (Internet, kleine Zeitungen)*
- Wahlen*

Um den Austausch zwischen Kreis und Land in den einzelnen Arbeitsgebieten zu gewährleisten, teilen die Kreisverbände nach Vorstandsneuwahlen oder bei Veränderungen die Verantwortlichen der Landesgeschäftsstelle mit.

Die haupt- und ehrenamtlich Verantwortlichen dieser Bereiche (Land und Kreise) treffen sich mindestens einmal jährlich zu thematischen Beratungen.

Der Landesvorstand prüft Möglichkeiten der Unterstützung und Stärkung der Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs) und ihren Strukturen und thematisiert dies jährlich in einer Sitzung.

Die Kreis- und Stadtverbände prüfen die Regionalisierung von einzelnen Verantwortungsbereichen und ehrenamtlichen Aufgaben und thematisieren dies in einer gemeinsamen Beratung des Landesvorstandes mit den Kreisvorsitzenden.

Im Frühjahr 2013 führen Landesvorstand und Kreis- und Stadtverbände Beratungen zur Arbeitsfähigkeit des Landesverbandes im Vorfeld der Wahlen durch.

4.2. Kommunikation mit allen

Wir haben als Landespartei die Aufgabe, uns als moderne sozialistische Partei zu präsentieren, unsere Ideen, Konzepte und Visionen in die Gesellschaft zu transportieren. Und das nicht nur in Wahlkämpfen, sondern kontinuierlich sowohl in die Partei als auch in die Gesellschaft. Eine sicher nicht konfliktfreie Aufgabe, aber ohne das „Mitnehmen“ der Partei und der Öffentlichkeit bleibt unser Gestaltungsanspruch wohl eher nur Theorie.

Die Anforderungen an uns von außen – also aus der Gesellschaft heraus – wachsen mit unserer Stärke kontinuierlich. Eine reine Oppositionspartei kann sich leicht Entscheidungen entziehen, welche die Lebenssituation von Menschen tatsächlich beeinflussen, da ihre Konzepte selten die Gefahr laufen Realität zu werden. Damit ist sie per se fast immer bei den „Guten“. Wir aber wollen mehr, also müssen wir schon im Vorfeld unsere Konzepte in der Gesellschaft diskutieren und auf Praxistauglichkeit prüfen.

Intern besteht die Aufgabe, schnell und effektiv alle relevanten Informationen von der Landesebene bis in jede Basisorganisation zu bekommen (zumindest sollte das der Anspruch sein) und umgekehrt, die Stimmungen, Probleme, Fragen und Anregungen der Basis auf den Tisch und in die Köpfe der Gremien und Fraktionen zu transportieren.

Extern müssen wir unsere Inhalte, Maßnahmen, Projekte, aber auch die aktuellen Ereignisse, Erfolge und Niederlagen zu den Bürgerinnen und Bürgern transportieren. Wir werden ihnen erklären müssen, wohin wir wollen, gleichzeitig aber auch ihre Sorgen, Wünsche und Anforderungen aufnehmen und ebenfalls in die Partei und die Fraktionen transportieren.

Vorschläge und Maßnahmen:

Jedes Mitglied der Partei sollte in wichtigen Fragen gegebenenfalls auch schnell erreicht werden können. Das setzt allerdings die interne Kommunikation als eine Kombination von Geben und Nehmen voraus. Die Stadt- und Kreisvorstände analysieren in ihrem Verantwortungsbereich Kommunikationswege und Engpässe. Schwerpunkt sind dabei Kommunikationswege (von Beratungsstrukturen bis hin zur digitalen Kommunikation) und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Die Vorstände informieren mittels E-Mail, Website oder anderen Medien Mitglieder schnell und umfassend über Beschlüsse.

In den Stadt- und Kreisverbänden werden Kommunikationsteams gebildet, die insbesondere auch die Abstimmung zwischen Print und WEB, strukturell aber auch mit den Möglichkeiten der kommunalen Fraktionen, der Abgeordneten und der Gliederungen organisieren.

1645 *Landesvorstand sowie Stadt- und Kreisvorstände analysieren zumindest einmal jährlich*
1646 *die Kommunikation im Verantwortungsbereich und sorgen für die Umsetzung der*
1647 *Schlussfolgerungen.*

1648

1649

1650 **Klassische und digitale Kommunikation**

1651

1652 Das Internet hat die Kommunikation in der Gesellschaft, aber auch die der Partei,
1653 umfassend verändert. Das Tempo des Wissensumschlags, die Schnell- und damit
1654 Kurzlebigkeit von Informationen sowie die neuen interaktiven und kollaborativen
1655 Möglichkeiten des WEB 2.0 produzieren neue Arbeits- und Lebensweisen. Das haben
1656 wir zu berücksichtigen. Gleichzeitig sind wir aber verpflichtet, den (vorwiegend älteren)
1657 Genossinnen und Genossen bzw. nicht Netzaaffinen das aktive Mittun in unserer Partei
1658 weiter zu sichern und ihre Bindung an uns zu festigen. Die Älteren sind oftmals unsere
1659 Gründungsmitglieder, ihre Parteizugehörigkeit ist Ausweis der politischen Geschichte
1660 und Identität. Über die Hälfte unserer Mitglieder sind 50 Jahre und älter, rund 40
1661 Prozent älter als 75 Jahre. Diese Genossinnen und Genossen sind das Rückgrat der
1662 Partei, sie organisierten und finanzierten in den vergangenen 20 Jahren die Partei und
1663 die Wahlkämpfe. Die Partei ist hier für viele der soziale Ort. Man kennt und trifft sich.
1664 Informationen bezieht man aus dem persönlichen Gespräch und aus den partei-
1665 internen KLEINEN ZEITUNGEN. Nicht brandneue Aktualität steht hier im Vordergrund
1666 sondern der soziale Austausch.

1667

1668 Nicht nur in der Partei, auch in der öffentlichen Kommunikation, sind klassische
1669 Elemente unverzichtbar. Hier haben wir deutlichen Handlungsbedarf.

1670

1671

1672 ***Vorschläge und Maßnahmen:***

1673

1674 *Sollte es ein Mitgliedermagazin auf Bundesebene geben, wird sich der Landesverband mit*
1675 *einem Einleger und eigenen redaktionellen Beiträgen beteiligen.*

1676

1677 *Gibt es kein bundesweites Mitgliedermagazin, wird im Rahmen des Kommunikations-*
1678 *konzeptes ein Vorschlag für eine Landeslösung unter Berücksichtigung der Erfahrungen*
1679 *des Magazins „klartext“ und der KLEINEN ZEITUNGEN erarbeitet.*

1680

1681 *KLEINE ZEITUNGEN sind für die Kreisverbände unverzichtbar. Mit den Kreisverbänden*
1682 *wird beraten, ob ein einheitliches landestypisches Layout gewünscht wird. Ist das der*
1683 *Fall, wird die Landesgeschäftsstelle beauftragt, ein solches im Jahr 2013 zur Verfügung*
1684 *zu stellen.*

1685

1686 *Zur Unterstützung der KLEINEN ZEITUNGEN wird durch den Bereich Öffentlich-*
1687 *keitsarbeit der Landesgeschäftsstelle ein Artikel- und Bildpool organisiert.*

1688

Der Newsletter des Landesvorstandes wird regelmäßig weitergeführt – er ist im E-Mail-Format oder als Printausgabe verwendbar.

Wahlzeitungen sind zu Wahlen ein zentrales Kommunikationsmittel. Ausgehend von den Erfahrungen der letzten Jahre wird das Landeswahlbüro beauftragt, einen Vorschlag für einen möglichen Einleger für die Bundeswahlzeitung 2013 und für eine Wahlzeitung zu den Kommunalwahlen 2014 zu erarbeiten.

Layoutvorlagen für Flyer, Postkarten usw. für eine kontinuierliche öffentliche Kommunikation werden durch den Bereich Öffentlichkeitsarbeit organisiert und den Kreisverbänden zur Verfügung gestellt. Ziel muss es sein, sich mindestens zwei Mal im Jahr mit Positionen zu brennenden aktuellen Themen an Wählerinnen und Wähler zu wenden.

Webauftritte und soziale Netzwerke

Jeder Kreis- und Stadtverband betreibt seine eigene Website im LINKEN CMS. Mit dem Baukastensystem ist es uns gelungen, ansprechend und wieder erkennbar im Netz zu werben und zu informieren. Die Aktualität – einer der wichtigsten Ansprüche im Netz – ist nicht immer gegeben. Die Kraft und Zeit der ehrenamtlichen Betreuung gerät in manchen Fällen an ihre Grenzen. Die neuen Möglichkeiten des WEB 2.0 werden in den meisten Kreisverbänden nur sehr sporadisch genutzt.

Vorschläge und Maßnahmen:

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit organisiert die weitere Qualifizierung der Arbeit mit dem LINKEN CMS in den Kreisen, insbesondere auch die Einbeziehung der Möglichkeiten des WEB 2.0. Ziel ist es, die Aktualität der Kreisseiten deutlich zu verbessern, teilweise auch ihre Attraktivität.

Durch den Bereich Öffentlichkeitsarbeit wird bis Frühjahr 2013 analysiert, ob ein eigenes (oder in Kooperation mit anderen Landesverbänden betriebenes) Intranet sinnvoll ist und gegebenenfalls ein Konzept vorgeschlagen.

Unsere Aktivitäten in sozialen Netzwerken werden ausgebaut. Dies gilt vor allem für unseren im Juli gestarteten Auftritt bei Facebook und unseren Twitteraccount. Kooperationen sind anzustreben, die Potenziale zur Vernetzung, zum hierarchiefreien Dialog, zur Mobilisierung und für Kampagnen weiter zu heben. Das Zusammenspiel von Informationen und Informationskanälen der Partei ist sachlich und ressourcenorientiert zu analysieren. Private Profile haben hier andere Funktionen als die von Parteigliederungen. Die Datenschutzprobleme von Facebook und anderen sozialen Netzen sind zu reflektieren. Alternativ sollen Blogs und andere digitale Diskussionsmöglichkeiten da angeboten werden, wo es Sinn macht.

Die Terminkalender im LINKEN CMS bieten die Möglichkeit zur offen zugänglichen Information über unsere und parteinahe Veranstaltungen. Dazu sind sie zu pflegen und weiter hinsichtlich der verschiedenen Anbieter (Kreise, Land, Jugendverband, LISA, Fraktionen, Foren, Stiftung, etc). zu harmonisieren.

5. Politisierung und Wissenstransfer

Unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, Kreisvorsitzenden, Delegierten und AG-Mitglieder bringen viel Zeit für die Partei auf, im Gemeinderat und in Ausschüssen, in der Bürgersprechstunde und auf Kommunaltour. Einige hundert Mitglieder der LINKEN sind besonders aktiv – und dabei in Mehrfachfunktionen unterwegs. Sie brauchen unsere Unterstützung und Dienstleistungen, die verstärkt auch hauptamtlich Beschäftigte und Berufspolitikerinnen und -politiker leisten müssen.

In den nächsten Jahren können Funktionen und Ämter durch Jüngere neu besetzt werden. Wir müssen stärker als bisher für den Wissenstransfer zwischen Erfahrenen und Neuen vorsorgen. Gleichzeitig sollten sich die Aktiven stärker vernetzen und damit auch Impulse an andere in der Partei senden. Von einer besseren Zusammenarbeit von Vorständen und Fraktionen auf allen Ebenen profitieren alle.

Wir müssen Menschen gewinnen und begeistern – für eine alternative Politik, für Solidarität, für Kritik und Widerspruch. Das ist unsere eigentliche Aufgabe. Wir müssen neben unserer administrativen und organisatorischen Arbeit vor allem Kraft und Ideen für politische Ziele und deren Übersetzung aufbringen. Alle Ebenen der Partei müssen mit einem Ziel zusammenarbeiten: Ressourcen für das Politische.

Eines der wesentlichen Anliegen linker Politik ist politische Bildung, um sich selbstbestimmt und selbstreflexiv von den Herrschaftsverhältnissen innerhalb der Gesellschaft emanzipieren zu können. Insbesondere im Jugendverband hat der Bereich „politische Jugendbildung“ seit Jahren einen hohen Stellenwert.

Politische Bildungsveranstaltungen sind gleichsam nach außen wie innen von Bedeutung. Öffentliche Bildungsveranstaltungen dienen der Qualifizierung, Befähigung, der Kompetenzerweiterung und dem Empowerment. Sie machen die Partei aber auch außerhalb der eigenen Mitgliedschaft attraktiver. Bildungs- und Informationsformate zeigen DIE LINKE als Fragende. Hier können Themen besprochen werden, die nicht in Beschlusstexte gegossen sind. Indem wir Kontroversen und den Wettstreit um das bessere Argument austragen, sind wir weltnäher als in der Wirkung vieler unserer Konzepte. Politische Bildung ist keine Mangelanzeige, sondern notwendige Gesellschaftskritik und Suchbewegung einer linken Partei.

Es ist nicht vorrangige Aufgabe, über Bildungsveranstaltungen Neumitglieder zu gewinnen. Dies ist ein sehr komplexer Kausalzusammenhang, in dem eine Politisierung durch Bildungsveranstaltungen der Partei nur eine Rolle unter vielen spielt. Jedoch kann von katalysierender Wirkung sein, wenn eine Veranstaltung erfolgreich ist.

Besonders für junge Mitglieder in Gruppenzusammenhängen ist es attraktiv, Spaß versprechend und förderlich, was das organisatorische Handlungswissen und dessen Erweiterung angeht, selbst politische Bildungsveranstaltungen zu organisieren. Das nötige Rüstzeug, also das Wissen, wie man eine Veranstaltung organisiert, sollten dabei Erfahrene aus Partei und Jugendverband vermitteln und in der Startphase helfen.

Vorschläge und Maßnahmen:

Einmal jährlich tagen die Kreisvorsitzenden und die Kreistagsfraktionsvorsitzenden gemeinsam. Dieses Muster, nach dem bereits Landesvorstand und Landtagsfraktion seit vielen Jahren verfahren, empfehlen wir für sämtliche Ebenen.

Der Wissenstransfer zwischen erfahrenen Genossinnen und Genossen, die Einarbeitung von Nachfolgerinnen und Nachfolgern sowie Interessentinnen und Interessenten sollte in allen Kreisvorständen organisiert werden. Eine Möglichkeit könnten regelmäßige und offene Themen-konferenzen auf Kreisebene darstellen.

Wir regen die Nutzung der öffentlichen Datenbank der parlamentarischen und kommunalpolitischen Anträge der LINKEN an.

<http://www.die-linke.de/politik/datenbanken/>

Die Bildungsangebote der Partei müssen ausgebaut werden. Dazu bedarf es der haupt- und ehrenamtlichen Zusammenarbeit. Ein arbeitsfähiges Bildungsteam sollte berufen werden, der Jugendverband dort Mitglied sein. Die Erfahrungen der früheren Kommission politische Bildung und des Bildungsbereiches der Bundespartei sind einzubeziehen. Ein stärkerer Austausch zwischen parteinahen Bildungsträgern und der LINKEN wird durch halbjährliche Besprechungen angeregt.

Zur Erhöhung der Verbindlichkeit werden konkrete Bildungsmaßnahmen möglichst langfristig geplant und bei der Erarbeitung der jährlichen Finanzpläne des Landesverbandes und der Kreis- und Stadtverbände berücksichtigt.

Das Landesjugendtreffen und weitere politische Schwerpunktaktivitäten werden weiterhin durch den Landesverband mitfinanziert.

6. Personalentwicklung

Unser Landesverband hat sich über viele Jahre hinweg mit großem Engagement aller Beteiligten eine feste Verankerung im gesellschaftlichen Leben erarbeitet. Als Partei sind wir immer wieder gefordert diese Verankerung mit den entsprechenden Menschen aufrecht zu erhalten. Mandate für öffentliche Ämter, Abgeordnete aber auch Funktionen innerhalb der Partei sollen und müssen von Menschen ausgefüllt werden, die in unserer Partei ihre politische Heimat sehen und in der Lage sind, den verschiedenen Anforderungen, die an sie gestellt werden, gerecht zu werden.

Dies fällt uns insgesamt im Landesverband und seinen Gliederungen immer schwerer, hat der hohe Altersdurchschnitt doch auch seine Auswirkungen auf unsere Möglichkeiten zur Personalplanung. Wir haben es in der Vergangenheit versäumt, eine gezielte, nachhaltige und durchgängige Personalentwicklung gliederungsübergreifend zu organisieren. Dies hat zur Folge, dass wir auch Gefahr laufen, die reichhaltigen Erfahrungen und das Fundament unserer Verankerung im gesellschaftlichen Leben aufs Spiel zu setzen. Ohne die entsprechende Vorbereitung gehen Kenntnisse von politischen und verwaltungstechnischen Abläufen verloren, Förderung von Nachfolgerinnen und Nachfolgern geschieht oft nur sporadisch und als Förderung Einzelner von Einzelnen. Starre Parteistrukturen verleiten oft dazu, dass bei der Suche nach potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten weniger an Fähigkeiten und Leistungen, als an Parteigebundenheit orientiert wird. In manchen Fällen entwickeln sich rasante Karrieren, die auch zu Überforderung führen können. Auf der anderen Seite gehen Potenziale verloren, weil Personen nicht angesprochen und gefördert wurden. Die geeignete Ansprache für jedes Bildungsniveau zu finden, fällt oft schwer.

Wir brauchen Nachhaltigkeit statt Zufälligkeit, eine gezielte und strukturierte Personalfindung und -entwicklung. Im Fokus steht dabei insbesondere die Förderung und Qualifizierung von Frauen. Personalpolitik wollen wir als kooperative Aufgabe aller Ebenen organisieren, die selbstverständlich verankert sein muss in den entsprechenden Führungsgremien. Durch die Organisation einer gezielten Personalfindung und nachhaltiger Personalentwicklung wollen wir erreichen, dass unsere Partei attraktiver wird für politisches Engagement. Die heterogene Verfasstheit unseres Landesverbandes soll sich widerspiegeln in unseren Genossinnen und Genossen, die uns in den verschiedensten Funktionen vertreten und repräsentieren. Und zwar qualitativ so gut, dass wir die Verankerung in der Gesellschaft ausbauen können.

Vorschläge und Maßnahmen:

Jeder Kreisverband erstellt eine Bedarfsanalyse seines Kommunalbereiches sowohl für öffentliche und Verwaltungsämter als auch für Parteiämter (besonders im Hinblick auf die Kommunalwahl 2014). Die Landesebene wird dabei unterstützend wirken. Diese Bedarfsanalyse erfolgt bis Anfang des Jahres 2013 und soll jährlich auf den neuesten Stand gebracht werden.

Jeder Kreisverband erstellt eine Potenzialanalyse der eigenen Mitgliedschaft. Auch hier kann die Landesebene helfend zur Seite stehen. Möglich wären zunächst die Entwicklung eines Fragebogens zur Mitgliedererhebung sowie die Schulung der Mitgliederverantwortlichen für gezielte Gesprächsangebote an Mitglieder und Interessenten. Bis Mitte des Jahres 2013 soll die Potenzialanalyse für jeden Kreis fertig gestellt sein. Die Möglichkeiten zur Informationserfassung im Mitgliederprogramm unserer Partei wollen wir intensiver nutzen.

1867 *Insbesondere Neumitglieder aber auch langjährige Mitglieder sollten offensiv die*
 1868 *Möglichkeit erfahren, dass aktive Mitglieder unserer Partei mit ihnen Entwicklungs-*
 1869 *perspektiven besprechen und entwickeln.*
 1870 *Dies zu organisieren sollte in der Hand eines Verantwortlichen für Personalentwicklung*
 1871 *im Kreis liegen. Ihm zur Unterstützung können die Kreise z.B. Personalentwicklungs-*
 1872 *kommissionen ins Leben rufen, die zu innerparteilichen und öffentlichen Wahlen das*
 1873 *Finden und Vorbereiten möglicher Kandidatinnen und Kandidaten transparent gestalten.*
 1874 *Mit Beginn des kommenden Jahres benennen alle Kreise Verantwortliche für*
 1875 *Personalentwicklung.*
 1876
 1877 *Der Landesvorstand und die Kreisvorstände müssen eine Übersicht über die zur*
 1878 *Verfügung stehenden Mitglieder haben. Sie können aber unmöglich allein die*
 1879 *Kandidatinnen- und Kandidatensuche bewerkstelligen, denn sie haben gar nicht die*
 1880 *Möglichkeit, alle Mitglieder näher kennenzulernen. Hier sind die Ortsverbände und*
 1881 *weiteren Gliederungen in der Pflicht, Hinweise auf potenzielle Kandidatinnen und*
 1882 *Kandidaten weiterzugeben. Der Landesvorstand und die Kreisvorsitzenden prüfen in*
 1883 *einer gemeinsamen Beratung Möglichkeiten zur Strukturierung des Informationsflusses.*
 1884
 1885 *Formen des Wissenstransfers müssen in unserer Arbeit viel bewusster eingesetzt*
 1886 *werden. So soll in den Kreisen und im Land das Angebot für Tandems, Mentoring,*
 1887 *Praktika u.ä. ausgebaut werden. Hier sind insbesondere die Fraktionen gefragt, konkrete*
 1888 *Angebote zu erstellen. Dafür soll es zukünftig im Webauftritt des Landesverbandes eine*
 1889 *eigene Rubrik geben. Die Umsetzung erfolgt im kommenden Jahr.*
 1890
 1891 *Der Landesverband verpflichtet sich mindestens ein Angebot pro Jahr für ein Mentoring-*
 1892 *programm zur Verfügung zu stellen.*
 1893
 1894 *Um die Verbindung zu ehemaligen Praktikantinnen und Praktikanten aufrecht zu*
 1895 *erhalten, soll es im Zusammenhang mit dem jährlichen Neumitgliedertreffen mindestens*
 1896 *einmal im Jahr ein Angebot an alle „Ehemaligen“ geben.*
 1897
 1898 *Der Landesverband und die Kreise organisieren regelmäßige Angebote zur Qualifizierung*
 1899 *in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem kommunalpolitischen forum*
 1900 *e.V. und anderen Bildungsträgern zur politischen, verwaltungstechnischen, kommunalen*
 1901 *und Gremien-Arbeit. Mit Unterstützung der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und*
 1902 *Mitarbeiter des Landesvorstandes wird ein konstantes Angebot von Schulungsblöcken*
 1903 *für die jeweiligen Verantwortlichen der vertikalen Aufgabenstrukturen eingerichtet. Dies*
 1904 *kann in Verbindung mit den jährlich stattfindenden Beratungen stehen.*
 1905
 1906

1907 **7. Aktuelle Herausforderung - Vorbereitung der Kommunalwahlen**

1908
 1909 Die Kommunalwahlen gestalten sich sowohl in politischer als auch in personeller und
 1910 organisatorischer Hinsicht als eine Herausforderung für unseren Landesverband. Die
 1911 Kommunalpolitik ist und bleibt eines der wichtigsten politischen Arbeitsfelder. Hier

1912 wird es sich zeigen, ob erste Maßnahmen, die wir mit diesem Konzept auf den Weg
1913 bringen wollen, erfolgreich umgesetzt werden und wie es uns gelingt die Chance für
1914 eine umfassende Neuorientierung unserer Personal- und Mitgliederarbeit zu nutzen.
1915 Viele Kreisverbände haben bereits mit der Vorbereitung begonnen. Die nächsten zwei
1916 Jahre müssen wir nutzen, um kontinuierlich daran zu arbeiten, den Menschen
1917 Sachsen-Anhalts thematisch und personell ein gut abgestimmtes Angebot unter-
1918 breiten zu können, das nachhaltig auch über das Jahr 2014 als Grundlage für unsere
1919 Arbeit vor Ort Wirksamkeit entfaltet.

1920

1921

1922 ***Wir schlagen vor, folgende Aufgaben in den Mittelpunkt der Vorbereitungen zu***
1923 ***stellen:***

1924

1925 *Inhalte*

1926 *Die Stadt- und Kreisverbände sollen in den kommenden Monaten gemeinsam mit den*
1927 *Mitgliedern der jeweiligen Gliederungen inhaltliche und thematische Zielstellungen*
1928 *formulieren und zur Beschlussfassung vorbereiten. Damit verbunden sein sollten*
1929 *Überlegungen zur Ermöglichung einer durchgehenden Präsenz in der Öffentlichkeit.*
1930 *Hierfür bietet es sich an, eine breite Basis durch Mitgliederversammlungen, Workshops,*
1931 *Konferenzen o.ä. zu beteiligen. Auch Bürgerkontakte und Gespräche mit den Menschen*
1932 *vor Ort müssen wir nutzen, um unsere kommunalen Wahlkampfthemen zu finden.*

1933

1934 *Ziel ist es zwischen den relevanten Gremien eine thematische und organisatorische*
1935 *Abstimmung für die Vorbereitung der Kommunalwahl zu erreichen und Synergien zu*
1936 *entwickeln. Der Austausch zwischen den Fraktionen und den Vorständen der jeweiligen*
1937 *Gliederungen muss weiter intensiviert und verstetigt werden. So wäre es sinnvoll, die*
1938 *Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern des Landesvorstandes und der Kreis- und*
1939 *Stadtvorstände für eine Sitzung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz zu organisieren.*

1940

1941 *Wahlkampfstrukturen*

1942 *Als wichtige Arbeitsstruktur haben sich in den letzten Jahren die Stadt- und Kreiswahl-*
1943 *büros bewährt. Diese werden zeitnah reaktiviert, um neben der Vorbereitung der*
1944 *Bundestagswahl 2013 erste Maßnahmen zur Organisation der Kommunalwahl 2014 zu*
1945 *ergreifen und als ständiges Gremium eine kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten.*
1946 *Insbesondere sollte geprüft werden, ob die bisherige Wahlkampfstruktur des Stadt- bzw.*
1947 *Kreisverbandes notwendigen Anpassungen unterworfen werden muss. Wie sehen die*
1948 *Ressourcen in finanzieller, organisatorischer und personeller Hinsicht für das Führen*
1949 *des Wahlkampfes aus? Wie können wir neue Mitglieder einbeziehen? Wo gibt es „weiße*
1950 *Flecken“, wo könnten wir uns wieder kommunalpolitisch verankern, wo wir in den letzten*
1951 *Jahren nicht präsent waren, wo hatten wir überdurchschnittliche Wahlergebnisse, aber*
1952 *womöglich keine Mitglieder?*

1953

1954 *Kandidatinnen und Kandidaten*

1955 *In allen Kreisen muss ermittelt werden, wofür wir wie viele Kandidatinnen und*
1956 *Kandidaten benötigen. Eine entsprechende Auflistung wurde bereits durch die*

1957 *Landesgeschäftsstelle initiiert und soll als Planungsgrundlage dienen. Wir müssen*
 1958 *rechtzeitig wissen, welche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger wieder bereit sind zu*
 1959 *kandidieren, aber auch erkennen, wo Lücken geschlossen werden müssen, damit gut*
 1960 *vorbereitete Mitglieder und Sympathisierende die zu besetzenden Mandate übernehmen*
 1961 *können.*
 1962
 1963 *Zentrale Aufgabe ist die Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten. Die Suche nach*
 1964 *geeigneten Personen muss kontinuierlich erfolgen, dies zu organisieren ist Aufgabe der*
 1965 *Kreisvorstände und des Verantwortlichen für Personalentwicklung. Dabei gilt es die*
 1966 *Generationenfrage im Blick zu behalten. Kreativität ist gefragt, um auf Menschen außer-*
 1967 *halb unserer Partei zuzugehen und sie für linkes Engagement in ihrer Kommune zu*
 1968 *gewinnen.*
 1969
 1970 *Die Potenzialanalyse in den Kreisen soll Grundlage sein, mit der Mitglieder offensiv*
 1971 *angesprochen werden für eine kommunale Aufgabe. Unser Ziel ist es, einen mindestens*
 1972 *40-prozentigen Anteil an Bewerberinnen aufzustellen, um zumindest strukturell die*
 1973 *Möglichkeit zur Erhöhung des Frauenanteils in unseren kommunalen Vertretungen zu*
 1974 *schaffen. Die persönliche Ansprache wird von vielen Frauen als Ermutigung erlebt und*
 1975 *ist oft der entscheidende Schritt zur Übernahme einer Kandidatur oder Funktion.*
 1976
 1977 *Kandidatinnen und Kandidaten, die bisher keine oder wenig kommunalpolitische*
 1978 *Erfahrung haben, bekommen eine Patin oder einen Paten, die/der je nach ihren/seinen*
 1979 *Möglichkeiten als Mentorin/Mentor oder Tandempartnerin/-partner Informations-*
 1980 *gespräche führt, Angebote zur Teilnahme an relevanten Veranstaltungen macht und*
 1981 *Hinweise gibt auf verwaltungstechnische Abläufe. Hier sollen sich die Kreistags-, Stadt-*
 1982 *und Gemeinderatsfraktionen einbringen, um die Kreise aktiv zu unterstützen. Mit einer*
 1983 *offenen Willkommenskultur sollen sie Angebote für Interessentinnen und Interessenten*
 1984 *unterbreiten, in die Arbeit der Fraktion reinzuschnuppern.*
 1985
 1986 *Wahlkämpfe müssen finanziert werden, aus diesem Grund prüfen die Kreisschatz-*
 1987 *meisterinnen und Kreisschatzmeister in Zusammenarbeit mit den entsprechenden*
 1988 *Gremien die Zahlung von Mandatsträgerbeiträgen entsprechend der Finanzordnung.*
 1989 *Auch unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger ohne Parteimitgliedschaft werden*
 1990 *gebeten, ihren Beitrag zu leisten.*
 1991
 1992 *Wir wollen in der Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl intensiv die*
 1993 *Zusammenarbeit mit dem Jugendverband suchen. Mit den Ideen und Vorschlägen junger*
 1994 *Genossinnen und Genossen kann es uns gelingen, spannend und anregend potenzielle*
 1995 *Kandidatinnen und Kandidaten auf die Kommunalwahlen aufmerksam zu machen. Die*
 1996 *Integration von Mitgliedern der Jugendstrukturen in den Teams zur Vorbereitung der*
 1997 *Kommunalwahlen ist unser Anliegen, eigene Projekte sollen von ihnen vorgeschlagen*
 1998 *und umgesetzt werden.*
 1999
 2000 *Der Landesverband wird im kommenden Jahr ein Angebot zu Schulungen unterbreiten,*
 2001 *das durch möglichst viele Kandidatinnen und Kandidaten genutzt werden soll. Eine*

2002 *Konferenz in der 2. Hälfte des Jahres 2013 soll Mandatsträgerinnen und Mandatsträger*
2003 *der Kommunen und Kandidatinnen und Kandidaten sowie Interessentinnen und*
2004 *Interessenten zusammenführen, um aufzuzeigen, worin die Bedeutung der Kommunal-*
2005 *politik liegt, was in den Kommunen bisher durch die Arbeit der LINKEN erreicht wurde*
2006 *und welche Aufgaben weiterhin vor uns liegen.*

2007
2008 *Landesverband sowie Kreis- und Stadtverbände diskutieren die Frage des Umgangs mit*
2009 *nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten und bereiten Angebote zur weiteren*
2010 *Einbindung in die politische Arbeit vor.*

2011

2012

2013 **8. Ausblick**

2014

2015 Die Veränderungen der Gesellschaft betreffen mittlerweile auch viele Bereiche des
2016 politischen Agierens. Es geht um Veränderungen in der politischen Kultur, es geht
2017 darum den Spagat zu schaffen zwischen langjähriger Tradition und Öffnung für neue,
2018 unkonventionelle Formen der politischen Arbeit. Es geht um die Integration von
2019 Erfahrungen aus jahrzehntelangem Kampf für unsere Ideen und eine unbeschwerte
2020 Entwicklung neuer Ansätze zur Beteiligung. Wir wollen den Aufbruch organisieren für
2021 alle, die sich nicht abfinden wollen mit der Situation in unserem Land und auf der
2022 ganzen Welt.

2023

2024 Seit vielen Jahren zeichnet sich unser Landesverband dadurch aus, dass wir gemein-
2025 sam versuchen, die sich verändernden Bedingungen für unsere politische Arbeit zu
2026 erkennen, mögliche Veränderungen zu diskutieren und die entsprechenden Maß-
2027 nahmen zu ergreifen. Wir haben mit unseren Landesparteitagsbeschlüssen 2008 und
2028 2009 die strukturellen Rahmenbedingungen bis zum Jahr 2013 festgelegt. Jetzt
2029 erweitern wir unseren Ansatz mit einem Beschluss, der sich vor allem mit der politi-
2030 schen Kultur in unserer Arbeit befasst. Dieser Beschluss kann somit nur ein Teil sein,
2031 um den Herausforderungen zu begegnen. Ziel muss es sein, diesen Beschluss in den
2032 kommenden Jahren zu evaluieren, weiterzuentwickeln und zusammenzuführen mit
2033 unseren strukturellen Grundlagen nach 2013.

2034

2035

2036

2037

2038

2039

2040

2041

2042

2043

2044

2045

2046

Antrag zu Satzungsänderungen

an die 3. Tagung des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 17. November 2012

Begründung:

Da auf den Parteitagen in Erfurt und Göttingen Änderungen der Bundessatzung vorgenommen wurden, müssen wir eine Reihe an Anpassungen der Landessatzung vornehmen. Grundsätzlich gilt: §12 Absatz 5 „Die Landesverbände regeln im Rahmen der Bundessatzung ihre Angelegenheiten durch eigene Satzungen.“ Die Änderungen betreffen folgende Punkte:

1. § 4 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Anfügen eines neuen Absatzes (3):

„Das Stimmrecht sowie das aktive und passive Wahlrecht auf Parteitagen bzw. Delegierten- oder Mitgliederversammlungen kann von der Entrichtung des Mitgliederbeitrages abhängig gemacht werden, soweit das Mitglied nicht von der Beitragszahlung befreit ist. Dieses ist mit der Einladung anzukündigen.

2. § 5 Gastmitglieder

Nicht auf Gastmitglieder übertragbare Rechte sind:

Absatz (2) c ändern von:

„das passive Wahlrecht bei Wahlen zu Vorständen, Schieds- und Finanzrevisionskommissionen sowie bei Wahlen zu Vertreterversammlungen zur Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften“

in:

„das aktive und passive Wahlrecht. Nicht davon berührt ist das Recht bei Wahlen zu Parlamenten, kommunalen Vertretungskörperschaften und sonstigen öffentlichen Ämtern nominiert zu werden.

3. § 5 Gastmitglieder

Nicht auf Gastmitglieder übertragbare Rechte sind:

Absatz (2) d streichen:

„das aktive Wahlrecht bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften.“

2091 **4. § 5 Gastmitglieder**

2092 Streichung des bisherigen Absatzes (4):

2093 „Die Übertragung des aktiven Wahlrechts in einer Mitgliederversammlung ist auf die
2094 laufende Versammlung befristet.“

2095

2096 **5. § 5 Gastmitglieder**

2097 Einfügen eines neuen Absatzes (4)

2098 „Für den Jugend- und Studierendenverband gelten die Regelungen zur Einschränkung
2099 des aktiven und passiven Wahlrechts nicht.“

2100

2101 **6. § 12 Kreisverbände**

2102 An Absatz (7)

2103 „Kreisverbände haben das Recht, sich weiter in nachgeordnete Gebietsverbände im
2104 Sinne von § 7 Parteiengesetz zu gliedern (Ortsverbände).

2105 folgenden Satz anfügen:

2106 „Zur Bildung von Ortsverbänden ist ein Beschluss des Kreisvorstandes oder des
2107 Kreisparteitages notwendig.“

2108

2109 **7. § 16 Einberufung und Arbeitsweise des Parteitages**

2110 Absatz (5) Satz 3:

2111 „... Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind spätestens
2112 sechs Wochen vor dem Landesparteitag parteiöffentlich zu publizieren. ...“

2113 ändern in:

2114 „... Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind spätestens
2115 acht Wochen vor dem Landesparteitag parteiöffentlich zu publizieren. ...“

2116

2117 **8. § 19 Arbeitsweise des Landesvorstandes**

2118 Absatz (5) Satz 1

2119 „Der Landesvorstand ist gegenüber dem Landesparteitag rechenschaftspflichtig.

2120 ergänzen:

2121 „Der Landesvorstand ist gegenüber dem Landesparteitag rechenschaftspflichtig und
2122 an seine Beschlüsse gebunden.“

2123

2124 **9. § 21 Zusammensetzung und Wahl des Landesausschusses**

2125 Absatz (1)

2126 „Dem Landesausschuss gehören mit beschließender Stimme an:

2127 b) 6 von der Versammlung der Sprecherinnen und Sprecher der landesweiten
2128 Zusammenschlüsse quotiert zu wählende Mitglieder,“

2129 ändern in:

2130 „b) 6 von der Versammlung der Sprecherinnen und Sprecher der landesweiten
2131 Zusammenschlüsse oder vertretungsweise von entsprechend durch die
2132 Zusammenschlüsse mandatierten VertreterInnen quotiert zu wählende Mitglieder.“

2133

2134

2135 **10. § 31 Ausübung von Parteiämtern und Delegiertenmandaten**

2136 Absatz (2)

2137 „Die hauptamtliche Ausübung eines Parteiamtes bedarf eines Beschlusses des
2138 Landesvorstandes.“

2139 ergänzen:

2140 „Die hauptamtliche Ausübung eines Parteiamtes und die Höhe der Vergütung bedarf
2141 eines Beschlusses des Landesvorstandes. Der Beschluss bedarf der Bestätigung durch
2142 den Landesausschuss.“

2143

2144 **11. § 36 Schlichtungs- und Schiedsverfahren**

2145 Absatz (2)

2146 „Die Mitglieder der Landesschiedskommission werden in jedem zweiten Kalenderjahr
2147 gewählt. Sie dürfen keinem Vorstand des Landesverbandes und keiner anderen
2148 Schiedskommission angehören, in keinem Dienstverhältnis zur Partei stehen und von
2149 der Partei keine regelmäßigen Einkünfte beziehen. Sie sind unabhängig und an
2150 Weisungen nicht gebunden.“

2151 Der Satz 2 ist zu präzisieren:

2152 „ Die Mitglieder der Landesschiedskommission werden in jedem zweiten Kalenderjahr
2153 gewählt. Sie dürfen nicht Mitglied eines Landes- oder Kreisvorstandes sein, in einem
2154 Dienstverhältnis zur Partei oder einem Gebietsverband stehen oder von ihnen
2155 regelmäßig Einkünfte beziehen. Sie sind unabhängig und an Weisungen nicht
2156 gebunden.“

2157

2158 **12. § 37 Übergangsbestimmungen**

2159 Streichung der Übergangsbestimmung (1):

2160 „Mitglied kann abweichend von § 2 Absatz 1 bis zum 31.12.2007 auch sein, wer einer
2161 anderen Partei angehört, sofern deren Ziele oder deren tatsächliches Handeln nicht im
2162 Widerspruch zu den Zielen der Partei stehen.“

2163

2164 **13. § 37 Übergangsbestimmungen**

2165 Streichung der Übergangsbestimmung (2):

2166 „Abweichend von § 7 Absatz 2 sind alle bestehenden landesweiten
2167 Zusammenschlüsse der Linkspartei.PDS und alle Landesarbeitsgemeinschaften der
2168 WASG bis zum 31.12.2007 auch dann landesweite Zusammenschlüsse, wenn die
2169 Voraussetzungen nicht erfüllt sind.“

2170

2171 **14. § 37 Übergangsbestimmungen**

2172 Streichen von Absatz (3):

2173 „Bis zur Konstituierung des ersten Landesausschusses 2008 werden dessen Aufgaben
2174 durch den Landesvorstand wahrgenommen.“

2175

2176

2177

2178

2179 **15. § 37 Übergangsbestimmungen**

2180 Absatz (4) streichen:

2181 „Weiterhin abweichend von dieser Satzung wird der erste ordentliche Landesvorstand
2182 in einer Größe von insgesamt 18 Mitgliedern gewählt, wovon mindestens 3 ehemals
2183 der WASG angehörten.“

2184

2185 **16. § 38 Schlussbestimmungen**

2186 Absatz (4) streichen:

2187 „Abweichend von § 15 dieser Satzung setzt sich der 1. Landesparteitag gemäß der
2188 Vereinbarung von Linkspartei.PDS und WASG zum Delegiertenschlüssel vom
2189 17.03.2007 zusammen.“

2190

2191

2192

2193

2194

2195

2196

2197

2198

2199

2200

2201

2202

2203

2204